

Ich möchte Ihr Heft weiterempfehlen. Schicken Sie bitte ein **kostenloses Probeheft** an die folgende Adresse:

Vorname / Name _____
Straße / Hausnummer _____
PLZ _____
Ort _____

Ja, ich will die nächsten **4 Ausgaben der Zeitschrift „fluter“ kostenlos** an meine Adresse (s. Rückseite) **frei Haus** zugestellt bekommen.

Geburtsdatum: _____
Ich bin: Schüler/in Student/in
 Azubi _____
Datum, Unterschrift: _____

„Diskussionen über unsere Zukunft brauchen wir wie die Luft zum Atmen: Was können und was müssen wir besser machen, was müssen wir anders machen? Diese Fragen haben mit Politik zu tun, mit der Chance, die uns in einer Demokratie gegeben ist, selbst zu bestimmen, wie es weitergehen soll. Demokratie ist kein Erbgut, sie muss täglich neu verdient, definiert und gestaltet werden. Nur wer sich informiert, hat die Chance mitzureden.“

Thomas Krüger
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

“

fluter wird herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

fluter gibt es als Internet-Portal: www.fluter.de und vierteljährlich neu als gedrucktes Magazin.

fluter richtet sich an jüngere Leser. Ihnen und ihren politischen Interessen, ihren Fragen, Sichtweisen, ihren Stimmen und Argumenten will das Magazin ein Forum geben.

fluter verdankt seinen Titel der Beleuchtungstechnik. Dort schafft der Fluter eine gleichmäßige Lichtverteilung und sorgt dafür, dass es großflächig hell wird.

fluter beleuchtet die Hintergründe zu wichtigen Themen dieser Zeit, liefert Argumente, Meinungen und Provokationen - und präsentiert Menschen, die etwas zu sagen haben. Nur eines gibt es bei fluter nicht: Patentrezepte.

fluter wird von Journalisten gemacht, deren Handwerk es ist, komplizierte Themen anschaulich zu übersetzen..

fluter entsteht in enger Kooperation mit den Jugendseiten und -beilagen von Tageszeitungen.

fluter ist kostenlos zu abonnieren. Wenn Sie noch nicht Bezieher sind, nutzen Sie die nebenstehende Postkarte, Sie haben damit den Anspruch auf die nächsten vier Ausgaben. Wenn danach das Magazin weiterhin Ihr Interesse findet, können Sie das (kostenlose) Abonnement erneuern.

fluter

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Nr. 2 April 2002

G1203



TAT-ORT

Wie Polizeischüler trainieren

FAN-FRACHT

Wie Fußballfans geschützt werden

ANTI-TERROR

Was in den Sicherheitspaketen steckt

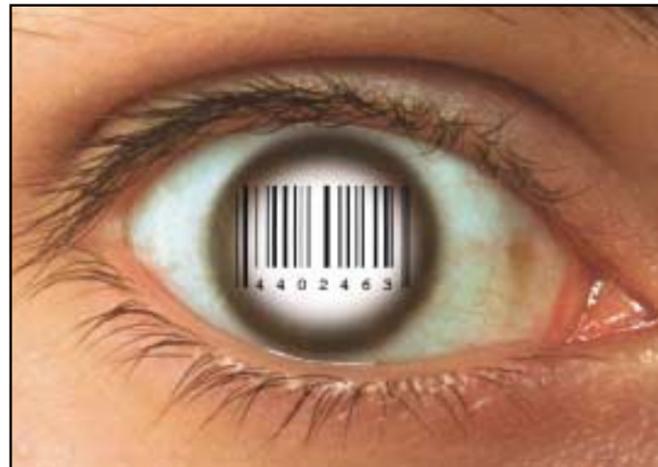
SICHER LEBEN



FAN-FRACHT

Woche für Woche begleiten Bundesgrenzschützer Fußballfans auf dem Weg zum Auswärtsspiel und zurück. Fluter-Reporter waren bei einem Einsatz dabei.

Reportage Seiten 12 - 17



ANTI-TERROR

Wieviel Sicherheit bringen die neuen Gesetze? Was lässt sich gegen die Bedrohung durch Attentäter und Extremisten tun? Wieviel Risiko bleibt? Eine Analyse.

Hintergrund Seiten 20 - 26



HACKER-HATZ

Wie sicher ist das Internet? Wer hat Zugriff auf welche Daten? Kann man sich überhaupt schützen? Ein Bericht über Hacker, User und Sicherheitsbehörden.

Hintergrund Seiten 46 - 51

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nichts wird mehr so sein, wie es war. Ein Satz, in den Tagen nach dem 11. September 2001 bis zum Überdruß oft wiederholt. Im Blick auf das in Schutt und Asche gelegte World Trade Center herrschte kein Mangel an großen Worten.

Wichtiger aber waren Taten. Die Politik hatte Vorsorge zu treffen, Schutz vor Terrorakten und Terroristen zu garantieren – vor allem im eigenen Land. Attentäter, die den eigenen Tod in Kauf nehmen, sind wandelnde Zeitbomben: als so genannte Schläfer leben sie offensichtlich mitten unter uns. Sicherheitspakete wurden geschnürt, die Gesetzgebungsmaschinerie lief auf vollen Touren, an Geld fehlte es nicht, drei Milliarden DM wurden bereit gestellt für das Haushaltsjahr 2002.

Die neuen Gesetze sind seit Jahresbeginn in Kraft, das Geld wird ausgegeben, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Debatten sind verstummt, andere Themen beherrschen die Schlagzeilen. Wir zeichnen die Diskussionen nach, die es um die Gesetze gab, es waren wichtige Debatten für eine Demokratie. Der Spannungsbogen: Der Anspruch auf innere Sicherheit darf nicht dazu führen, dass Bürgerrechte auf Dauer und nachhaltig beschädigt werden. Bürgerrechte können sich nur sehr bedingt entfalten, wenn der Staat nicht die Sicherheit seiner Bürger garantieren kann. Die viel beschworene offene Gesellschaft kann perfekte Sicherheit nicht bieten, Freiheit hat ihren Preis. Aber wehe dem Staat, wehe den Verantwortlichen, die nicht alles in ihrer Macht Stehende tun, um terroristischen Verbrechen vorzubeugen. Trotzdem: Die Staatsmacht soll nicht übermächtig werden. „Wo alles geregelt, alles überwacht und alles gespeichert wird, ist die Freiheit am Ende“ warnt der Bielefelder Rechtswissenschaftler Christoph Gusy.

Nicht nur Terroristen bedrohen unsere Sicherheit. Gewaltverbrechen, organisierte Kriminalität, die Brutalität randalierender Fans, Gewalt auf dem Schulhof, wir bräuchten viele Sicherheitspakete, wir brauchen den Schutz, den uns die Organe des Staates gewähren. Die Polizei braucht unseren Respekt für ihr schwieriges Handeln. Und wir brauchen uns selbst – Zivilcourage, Menschen, die sich dazwischen werfen, Streitschlichter: Beispiele hält dieses Heft bereit.

Dieter Golombek

HINTERGRUND

ANTI TERROR Was in den Sicherheitspaketen steckt 20

- > Christoph Gusy: „Vollständige Sicherheit darf es nicht geben“ 25
- > Hans-Jürgen Lange: „Die Politik steht unter dem Druck der Öffentlichkeit“ 26

EURO SCHIMANSKI „Wir von Europol vernetzen Informationen“ 32

SPUREN SUCHE Wie das Bundeskriminalamt Fingerabdrücke erkennt? 34

HACKER HATZ Wie sicher ist das Internet? 46

- > Hansjürgen Garstka: „...nicht ins Blaue hinein ermitteln“ 51

REPORTAGE

FAN FRACHT Bundesgrenzschützer beim Fußball-Einsatz 12

TAT ORT Schießen, Sport, Paragraphen – Besuch einer Polizeischule 36

> Wie junge Polizisten Großeinsätze erleben 41

ARGUMENTE

SCHAM FRIST Gewaltfilme: Hollywood hielt nur kurz inne 30

ÄLTESTEN RAT Peter Frisch, Ralf Dahrendorf 54

RASTER FAHNDUNG Wie das Thema Emotionen auslöst 56

MENSCHEN

PLATZ ANGST „Wovor ich mich fürchte“ 4

- > Umfrage: Hast du Angst, fühlst du dich sicher? 19, 27

SCHUTZ SCHILD Wie sich Lars und Lena unter Dauer-Polizeischutz fühlen 8

BODY GUARD Juliane Schäuble: „Ich hatte eine angstfreie Kindheit“ 10

- > Personenschutz 11

GAST FEINDE Wo Neonazis Furcht verbreiten 18

KLAR SICHT Was beim Sicherheitscheck passiert 28

Titelbild: Eine junge Polizistin während einer Übung. Dieses Bild entstand in der Leipziger Polizeifachschule

PROJEKTE

GEGEN GEWALT Wie ein 16-Jähriger Streit schlichtet 42

- > Wie wehre ich mich gegen Angriffe 43
- > Wie in Schwerin Überwachungskameras helfen sollen 44
- > Wie in Bochum Schüler gegen Busrandale einschreiten 45

SCHAU PLATZ Wie Leipziger mit ihren Überwachungskameras leben 52

Lesermeinung / Impressum 58 / 59

www.fluter.de im April
unter anderem mit folgenden Themen:

Videüberwachung in Berlin:
Ein Spaziergang unter den Linden – von Kamera zu Kamera

Jugendclubs:
Brutstätten von Gewalt oder soziale Begegnungsstätten?

Selbstversuch:
Was alles passieren kann, wenn man eine Lebensversicherung abschließen will

... außerdem Buch- und Filmtipps zum Thema „Sicherheit“ von Vergil („Aeneis“) bis Bret Easton Ellis („Glamorama“) und von „Der Dialog“ (USA 1974) bis „Lebenszeichen“ (USA 2000)

PLATZANGST

44.737 Übergriffe auf offener Straße registrierte die Polizei im Jahr 2000, jedes fünfte Opfer war ein Kind oder ein Jugendlicher. Meist werden die Opfer ausgeraubt und zum Teil schwer verletzt. Tödlich enden die Auseinandersetzungen zum Glück nur sehr selten.

Ängste, vor denen kein Sicherheitspaket schützen kann: Im Alltag gibt es Orte und Situationen, die uns das Fürchten lehren. Annette Lehmann, Nina Grontzki, Katja Korf, Jan Schwarzkamp und Martin Spletter haben fünf Jugendliche begleitet, die den gefährlichsten Ort ihrer Stadt zeigen.

Die Bushaltestelle

Sebastian heißt in Wirklichkeit anders. Aber seinen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen, jedenfalls nicht in dieser Geschichte. Er hat Angst. Das sagt seine Mutter. Sebastian selber wird dabei rot und fragt nur: „Erkennt man mich auf dem Foto?“

Er hatte auf den Bus gewartet, nachmittags um vier, an einer Haltestelle im Dortmunder Stadtteil Brünninghausen. Im Süden übrigens, nicht im verrufenen Norden. Der Realschüler saß im Wartehäuschen. Ein Bus hielt, zwei Skinheads stiegen aus. Kahle Köpfe, Bomberjacken, Springerstiefel, eine Wodkaflasche in der Hosentasche. „Aus welcher Richtung kommst du? HipHop?“ wollte einer wissen. Sebastian antwortete nicht. Endlich kam sein Bus. Er stieg ein, die Skins auch. Sie kamen zu seinem Sitz. „Der gehört mir“, meinte einer der Typen. So ging das die ganze Fahrt. Sebastian

schwieg, wich den Blicken der beiden aus und speicherte vorsichtshalber die Nummer der Polizei in seinem Handy. Heimlich.

Zum Glück hörten andere Fahrgäste die Drohungen der Skins. Ein paar stiegen sogar mit Sebastian aus, begleiteten ihn bis nach Hause. Doch auch die Glatzen marschierten mit. Kurz vor der Haustür kam dann die Polizei, die irgendjemand alarmiert hatte. „Hip Hop-Schlampe“, pöbelte da gerade einer der Skins Sebastians Schwester an. Die Polizei, offenbar auf der Suche nach den Männern, nahm den einen mit, ließ den anderen aber laufen.

Sebastian fährt immer noch Bus: „Ich versuche einfach, nicht daran zu denken. Und ich hoffe, ich begegne den beiden nie wieder.“ ➔



Der Hauptbahnhof

Gelsenkirchen hat gut 280 000 Einwohner und mit fast sechzehn Prozent die höchste Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen. Man sieht es am Hauptbahnhof, in dem fast alle Geschäfte verschwunden sind. „Das ist der ekligste Ort in der Stadt“, sagt Kathrin Jeub (17). „Am Wochenende steh ich nachts oft da und warte auf ein Taxi. Oder auf jemanden, der mich abholt.“ Kathrin macht eine Ausbildung als Erzieherin, und samstags geht sie gern ins berühmte Essener ‚Mudia-Art‘. „Ich versuche dann immer, nicht alleine da zu stehen. Und wenn ich irgendwo lang geh: Nie am Rand! Immer in der Mitte!“ Ihr sind schon Typen nachgelaufen bis nach Hause, da musste die Polizei kommen. „Einmal hab ich eine Prügelei direkt miterlebt, mein Cousin hat eine Bierflasche auf den Kopf gekriegt.“ Dafür bekommt sie blöde Anmach-Sprüche ab – regelmäßig. „Ein bisschen mehr Polizei wär nicht schlecht“, findet Kathrin.



Die Unterführung

Im Städtchen Voerde am Niederrhein leben fast 39 000 Menschen. Zu denen gehört Ines Tenter. Die 17-jährige Schülerin hält ihren Heimatort für harmlos – gäbe es da nicht diese fiese Strecke zwischen Ines' Stammdisco und ihrem Bett: „Am Wochenende gehe ich gerne ins ‚Stone‘ und erst früh morgens wieder nach Hause. Doch auf meinem Weg liegt die Unterführung am Bahnhof, und wenn ich bloß daran denke, dass ich dort durchlaufen muss, wird mir ganz mulmig. Schließlich bin ich meistens alleine unterwegs. Was die Situation nicht gerade erleichtert, ist die Tatsache, dass dort fast immer zwielichtige Leute rumhängen. Es passiert nicht selten, dass mir irgendwer nachruft, und es ist sogar schon vorgekommen, dass mir so'n Typ nachgelaufen ist. Das war echt unangenehm, aber passiert ist dann doch nichts. Denn eigentlich ist Voerde ja ein friedliches Örtchen.“



Der Maiplatz

Das heißeste Pflaster seiner Heimatstadt? „Der Maiplatz“, meint Matthias Greth (17). Mitten in Plettenberg, nahe dem einzigen Jugendzentrum in der alten Feuerwache. Die Fußgänger sehen eher gelangweilt als gefährlich aus, aber hier hängen auch Cliquen herum, den ganzen Tag, die halbe Nacht. „Viele Ausländer und so“, sagt Matthias. „Gesindel“, sagen manche der 29 000 Bürger. „Aber für einige ältere Leute sind alle Jugendlichen kriminell.“ Matthias bemerkt oft misstrauische Blicke, wenn er Lederklamotten anhat oder seinen langen schwarzen Mantel.

Er und seine Freunde treffen sich meist zu Hause, selten in der Stadt. Aber Matthias hat, wie er versichert, auch im Dunkeln keine Angst, über den Maiplatz zu gehen: „Ich halte mich raus, lass mich nicht anmachen. Und wenn andere Jugendliche Streit suchen, gebe ich ihnen keinen Grund.“

Abends patrouilliert Polizei – „mit Hunden und fünf Leuten. Da wird man schon mal angesprochen und nach dem Ausweis gefragt.“ Das hat Matthias selbst erlebt, aber von Prügeleien auf dem Platz weiß er nur vom Hörensagen.



Die Treppe

Eigentlich ist es schön hier am Rheinufer, ganz in der Nähe von Düsseldorfs Altstadt. Im Sommer füllen schicke Sonntags-Spaziergänger und flotte Inlineskater die Promenade, Ausflugsschiffe legen an. Und doch gehört die breite Rheintreppe für Karina Rosenfeld zu den gefährlichsten Orten in ihrer Stadt. Gerade jetzt im Winter – und auch sonst immer dann, wenn es dunkel wird.

„Einmal war hier so ein ausgeflippter Mann. Der wollte türkischen Frauen ihr Kopftuch mit der Schere zerschneiden“, erzählt die Schülerin. Da hat sie ihn angesprochen, ziemlich frech sogar. „Du siehst aus wie ein Penner, nicht wie ein Friseur“, hat Karina zu ihm gesagt. Und er ist mit seiner Schere fluchend und drohend ein ganzes Stück hinter ihr hergerannt. Seitdem ist die Düsseldorferin vorsichtiger.

Typen, die ihr unheimlich sind, treffen sich abends oft an der Treppe. „Meine Freundin und ich sind schon angesprochen worden, ob wir Drogen kaufen wollen“, sagt Karina. Ein anderes Mal habe eine Gruppe Betrunkener eine Fahne am Ufer verbrannt. Prügeleien seien keine Seltenheit. Ganz fern hält sich Karina von der Treppe nicht – dazu ist der große Platz am Rhein ein viel zu beliebter Treffpunkt, auch für Jugendliche. Im Sommer ist ihre Clique jedes Wochenende hier. „Aber abends würde ich nie alleine hierherkommen“, versichert Karina.

SCHUTZ SCHILD

Wie sich Lars und Lena unter Dauer-Polizeischutz fühlen

„Nachfühlen kann das ohnehin niemand“, sagt Lena. Sie und Lars¹ leben unter Polizeischutz. Was das für die beiden bedeutet, beschreibt Ute Schröder

Der Samstag, an dem alles begann, schien ein normaler Sommertag zu werden. Neben der Tageszeitung und einer Werbesendung steckte ein unscheinbarer Umschlag im Briefkasten. Ohne Absender.

Der Schreiber des Briefes war jemand, der es angeblich „gut meinte“ mit Lena und ihrem Freund, jemand, der sie warnen wollte: Wenn Lars, der Polizist, in dem bevorstehenden Rotlichtmilieu-Prozess bei seiner Aussage bleibe, müsse er mit Rache rechnen. Es sei doch

T. Namen von der Redaktion geändert

schade, wenn Lena zum Beispiel plötzlich mit ihrem nagelneuen Wagen von der Fahrbahn abkommen würde. Zum Schluss gratulierte der Unbekannte Lena noch zu ihrer neuen Frisur.

„Diese Leute haben uns so genau ausgekundschaftet, dass sie nicht nur meine neue Haarfarbe kannten, sondern auch den Weg zu meiner besten Freundin. Ich fühlte mich plötzlich

wie nackt vor den Augen einer völlig fremden Person“, beschreibt Lena das Gefühl, das beim Lesen in ihr aufstieg.

Die Polizei untersuchte den Brief, stellte Verbindungen zu den bisherigen Ermittlungsergebnissen her, und dann ging alles sehr schnell: Noch am selben Abend wurden Lars und Lena zu einem Sicherheitsgespräch ins Polizeipräsidium geladen. Sofortiger und zeitlich zunächst unbegrenzter Polizeischutz lautete die „Empfehlung“ des leitenden Kommissars.

Lena und Lars sind umgezogen. Lena hat sich von ihrer Firma beurlauben lassen. Spon-

tane Verabredungen zum Shoppen mit der besten Freundin gibt es nicht mehr. Auch der schnelle Gang über die Straße zum nächsten Zigarettenautomaten ist tabu, es sei denn, Lena fordert circa zwei Stunden vorher die Sicherheitskräfte an.

Nichts, was sie und ihr Freund außerhalb ihres Hauses unternehmen, machen sie ohne „die Jungs“, wie Lena die Personenschützer mit einer Mischung aus Gewohnheit und Bewunderung nennt. Zusätzlich observieren Polizisten aus einer benachbarten Mietwohnung mit Kameras das Grundstück und die Straße in der kleinen Reihenhaussiedlung. Schussicheres Glas schützt die Fenster.

Erst nach und nach wurde Lena die neue Situation bewusst: „Am Anfang fühlte ich mich nicht von einem möglichen Attentäter, sondern von meinen Begleitern beobachtet. Nach dem erstem Einkauf im Drogeriemarkt habe ich gedacht: Toll, die wissen jetzt, welchen Lippenstift und welche Binden ich kaufe. Inzwischen weiß ich: Sie halten viel Abstand und schauen gerade bei diesen Sachen nicht hin. Das sind Profis, die wissen, wie wichtig ein Rest von Intimsphäre für mich ist.“

Ein Auto hat Lena seit Monaten nicht mehr selbst gesteuert. Zum Supermarkt wird sie von den „Jungs“ im dunkelblauen Mercedes kutschert, im Schlepptau immer eine weitere Limousine. Wenn sie dann in ihren zerschlissenen Jeans, umrahmt von drei muskulösen Männern, auf den Eingang zusteuert, sind alle Blicke auf sie gerichtet: „Überall, wo ich auftauche, werde ich begafft, überall wird getuschelt. Das Gefühl, sich vor diesen Blicken nicht schützen zu können, ist am Anfang unerträglich, später nervig“, berichtet Lena.

Bei jeder Entscheidung, ob und wohin sie ausgehen will, startet in ihrem Kopf ein Frageaster: Wie sicher bin ich da? Was könnte passieren? Welche Vorkehrungen müssen die

Bodyguards treffen? Wie organisiere ich den „Ausflug“ am besten?

Discobesuche fallen flach: „Die Jungs würden zwar mitgehen, uns aber vorher sagen, dass das eine ziemlich dumme Idee ist. Also spare ich mir solche Aktionen“. Die junge Frau vertraut ihren Begleitern vollkommen. Gleichzeitig weiß sie, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt.

Über manche Situationen kann sie sogar lachen. Einmal wurde ihr Freund von einem Teenager für einen Bodyguard gehalten und gefragt, wen er denn da begleite. Das habe Lars sichtlich gefallen, schmunzelt Lena. Und als eine ältere Frau lautstark über die ungehobelten Kerle schimpfte, die der jungen Frau nicht die Einkaufstüten tragen würden, hätte Lena ihre „Jungs“ am liebsten selbst in Schutz genommen. Denn: Einkaufstüten tragen und die Waffe ziehen, das funktioniert nicht. Wenige Sekunden können entscheidend sein.

Freiheit hat für Lena jetzt eine völlig neue Bedeutung. Früher hieß das zum Beispiel, viel Geld zu haben, sooft wie möglich in Urlaub zu fahren und das zu machen, worauf sie spontan Lust hatte. Heute sind die so genannten kleinen Dinge des Alltags wichtig: ein Stadtbummel bei Sonnenschein oder der spontane Spaziergang im frisch gefallenen Schnee. „Dass ich überhaupt noch Freiheiten habe, verdanke ich den Polizisten.“

Gerade, weil der Drohbrief so ungenau formuliert ist, kann im Grunde jeder ein Attentäter sein. „Mir fehlt ein konkreter Feind, auf den ich achten kann und auf den ich manchmal meine Aggressionen richten kann. Mein allgemeines Misstrauen wird wohl auch dann noch andauern, wenn die Gefahr vorbei sein sollte“, befürchtet Lena. Die Hoffnung, dass nach dem Ende des Prozesses irgendwann alles wieder wie früher sein wird, ist trotzdem der wichtigste Gedanke in ihrem Leben. □

„Wenn ich mich unterbrochen auflehne, gehe ich kaputt“

„Man merkt, was man alles als selbstverständlich betrachtet“

info

www.weisser-ring.de

- ist die einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Familien;
- wurde 1976 in Mainz ins Leben gerufen;
- ist eine überparteiliche und unabhängige Bürgerinitiative, die ihre Arbeit aus den Beiträgen ihrer 70.000 Mitglieder, aus Spenden, Stiftungen, Nachlässen sowie Zuweisungen von Geldbußen finanziert;
- hat inzwischen rund 92 Millionen Euro für Opferhilfe und mehr als 18 Millionen zur Vorbeugung bereitgestellt;
- unterhält ein flächendeckendes Hilfsnetz von etwa 400 Anlaufstellen mit 2.500 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern;
- mit der Einrichtung eines zentralen Infotelefon hat der Verein sein Hilfsangebot weiter verstärkt. Der Telefonanschluss 01803-34 34 34 kann aus je dem Ort Deutschlands und zu jeder Tages- und Nachtzeit angewählt werden.

www.anwaltsverein.de

Wie sich der (Spezial-)Anwalt finden lässt, was eine Erstberatung kostet und wer Anspruch auf staatliche Beratungs- oder Prozesskostenhilfe hat, fasst die Broschüre „Ohne Moos nix los?“ zusammen. Herausgeber ist der Deutsche Anwaltsverein (DAV). Weitere Informationen auf der Homepage und unter Tel. 030 / 72 61 52-0.

www.bmj.bund.de

Die „Opferfibel“ des Bundesministeriums der Justiz erklärt, wie eine Strafanzeige gestellt wird oder welche Rechte und Pflichten Zeugen haben. Außerdem gibt es hilfreiche Musterschreiben und zahlreiche Adressen von Kontaktstellen für Hilfesuchende.

Die Opferfibel kann als PDF-Datei direkt von der Homepage des Bundesjustizministeriums heruntergeladen werden.



Rund um die Uhr wird De Francesco geschützt – und kann sich dennoch nie sicher fühlen: Im italienischen Polizeifilm „Die Eskorte“ leitet er als Staatsanwalt die Ermittlungen in einem sizilianischen Mafia-Prozess: sein Vorgänger ist den Mafiosi – trotz strengster Bewachung – bereits zum Opfer gefallen

BODY GUARD

Juliane Schäuble: „Ich hatte eine angstfreie Kindheit“

Wie lebt es sich, wenn die Familie rund um die Uhr bewacht wird? Juliane Schäuble (26), Tochter des Politikers Wolfgang Schäuble, erzählt, wie sicher sie sich dabei gefühlt hat

Für mich ist Sicherheit ein Zustand, in dem ich mich nicht fürchten muss, auf die Straße zu gehen oder allein zu Hause zu sein. Wovor ich keine Angst haben musste und auch nie gehabt habe, sind politische Attentate und Entführungen. Nicht einmal als Kind war das eine reale und greifbare Gefahr für mich. Bis Anfang der Neunziger Jahre war zum Beispiel die „Rote Armee Fraktion“ gerade auch für Politiker eine wirkliche Bedrohung. Es gab sogar so genannte „Schwarze Listen“, auf denen auch der Name meines Vaters auftauchte. Die Morde am Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen 1989, und an Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder 1991, machten mir das damals erst richtig deutlich.

Aber es gab anscheinend eine Art „Ehrenkodex“, der besagte, dass die Familien der Politiker niemals getroffen werden sollten. Das wussten wir, wahrscheinlich weil unsere Eltern uns das immer wieder versicherten und weil auch tatsächlich so etwas meines Wissens nie vorgekommen ist.

Wie es gewesen wäre, wenn mich und meine Geschwister Polizisten zur Schule hätten begleiten müssen, mag ich mir gar nicht vorstellen. Ich hoffe und glaube im Übrigen auch, dass mein Vater dann vielleicht einen anderen Beruf ergriffen hätte. Wir wären sicherlich anders und weniger unbefangen beziehungsweise „normal“ aufgewachsen und viel mehr aufgefallen – zumindest für mich kein wirklich schöner Gedanke. So aber fuhr ich wie alle anderen auch mit Bus oder Fahrrad zur Schule, manchmal sogar per Anhalter – was wir unseren Eltern natürlich verschwiegen. Auf der anderen Seite hatte ich viel

eher Angst vor möglichen Einbrechern. Angst ist etwas Irrationales. Mein Elternhaus ist – seit ich mich erinnern kann – ein extrem gut bewachtes und gesichertes Haus. Alarmanlage, gepanzerte Türen und kugelsicheres Glas wurden nach und nach eingebaut. Eine Zeitlang stand sogar Tag und Nacht ein „zivilisiertes“ Polizeifahrzeug vor unserem Haus. Kein halbwegs vernünftiger Einbrecher sollte eigentlich auf die Idee kommen, sich gerade ein solches Gebäude auszusuchen. Dennoch war ich mir dessen nie ganz „sicher“, vor allem nicht, wenn ich alleine im Haus war.

„Wir fuhrten mit Bus oder Fahrrad zur Schule“

Vielleicht liegt es gerade an den ganzen Sicherheitsvorkehrungen, dass ich mir eher gefährdet vor kam. Denn warum wird etwas beschützt, das nicht bedroht ist? Das würde dann aber bedeuten, dass verstärkte und im besonderen Maße sichtbare Schutzvorkehrungen nicht unbedingt zu einem größeren Sicherheitsgefühl des Einzelnen beitragen. Im Gegenteil: Mehr Polizeipräsenz, zu viele Terror-Warnungen und -Vorkehrungen machen den Menschen vielleicht erst bewusst, dass sie nie ganz sicher sind. Viel lieber würde man diese Erkenntnis aber wahrscheinlich verdrängen. Das erklärt meines Erachtens die Abneigung vieler gegenüber intensiver Bewachung, sei es in Form von Polizeipatrouillen oder eben Alarmanlagen und Kameras.

In unserem Fall konnte dies manchmal – vermutlich zur Verzweiflung der Menschen, die mit unserer persönlichen Sicherheit betraut waren – regelrecht komische Züge annehmen. Ich erinnere mich an so manche Familienabende, an denen wir versuchten, uns, von unseren „Bewachern“ unbemerkt, in ein Restaurant davonzustehlen – was leider

eher selten gelang. Irgendwie haben sie unsere Spur doch meistens wieder gefunden. Das lag wahrscheinlich an den etwas begrenzten Auswahlmöglichkeiten bei uns auf dem Land. Genauso konnte es vorkommen, dass unsere Freunde auf einmal mitten im Haus standen, ohne dass irgendjemand etwas bemerkt hatte beziehungsweise sie ihre Ankunft durch Klingeln ankündigen mussten: Hoftor und Haustür standen ja jedem möglichen Besucher einladend offen.

Für mich sind das schöne Erinnerungen, denn sie belegen eines: Wir hatten, trotz der Prominenz und der daraus resultierenden Gefährdung meines Vaters, eine normale und weitestgehend sorglose und angstfreie Kindheit. Ich hoffe, dass sich an dieser Situation in Deutschland auch in Zukunft nichts ändert. Alles andere wäre in meinen Augen gerade für Kinder unzumutbar. □



Juliane Schäuble, Jahrgang 1976, lebte bis zum Abitur mit ihren Eltern in Gengenbach in Baden-Württemberg. Sie hat drei Geschwister: Christine (30), Hans-Jörg (27) und Anna (20). Zurzeit studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Potsdam und arbeitet als freie Journalistin in Berlin.



Wolfgang Schäuble, ehemaliger Vorsitzender der CDU, wird auch heute noch auf Schritt und Tritt bewacht. Im Jahr 1990 fiel er einem Attentat zum Opfer, als ein psychisch kranker Mann nach einer Wahlveranstaltung die Pistole auf ihn richtete. Seitdem ist er querschnittsgelähmt und sitzt im Rollstuhl

info

Personenschutz

Nur ranghohe Politiker und Staatsgäste haben Anspruch auf kostenlose Bodyguards. Für den Rest der Bevölkerung gilt: Wer sich bedroht fühlt, muss sich selbst um einen starken Begleiter kümmern und dafür viel Geld hinlegen. Der übliche Tarif liegt zwischen 25 und 75 Euro pro Stunde. Pro Bodyguard.

Mehrere hundert Security-Firmen bieten in Deutschland Personenschutz an – nicht alle sind vertrauenswürdig. Die Bezeichnung „Personenschützer“ ist nicht geschützt. Theoretisch darf sich jeder so nennen und ein Gewerbe anmelden. Trotzdem lassen sich seriöse Firmen von schwarzen Schafen unterscheiden. Als wichtiges Kriterium gilt, ob ein

Anbieter über einen Waffenschein verfügt. Den bekommt man in Deutschland nur nach gründlicher und regelmäßiger Kontrolle durch den Staat. Ein schlechtes Zeichen ist es, wenn sich ein Anbieter weigert, mit der Polizei zusammen zu arbeiten. Das spricht für unsaubere Geschäfte und ist äußerst problematisch, wenn es ernst wird. Denn die Befugnisse der Personenschützer sind begrenzt: Bei einem Angriff auf die „Schutzperson“ dürfen sie nur defensiv agieren, Nothilfe leisten und den Angreifer festhalten. Alles Weitere müssen sie der Polizei überlassen.

Einen dauerhaften Rund-um-die-Uhr-Schutz können sich aber nur die wenigsten leisten.

Den bekommen auch unter den Politikern nur „Mitglieder der Verfassungsorgane“ wie Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerpräsidenten und hohe Staatsgäste. Ein einfacher Abgeordneter erhält Personenschutz nur dann, wenn er als besonders gefährdet eingestuft wird.

Für den Schutz gefährdeter Politiker ist das Bundeskriminalamt (BKA) zuständig. Etwa 400 staatliche Personenschützer stehen dort zur Verfügung. Im Gegensatz zu den privaten Bodyguards müssen sie alle eine langjährige Polizeiausbildung absolviert haben. Im Ernstfall dürfen sie auch alle polizeilichen Hoheitsrechte wahrnehmen. *Lukas Wallraff*

FANFRACHT

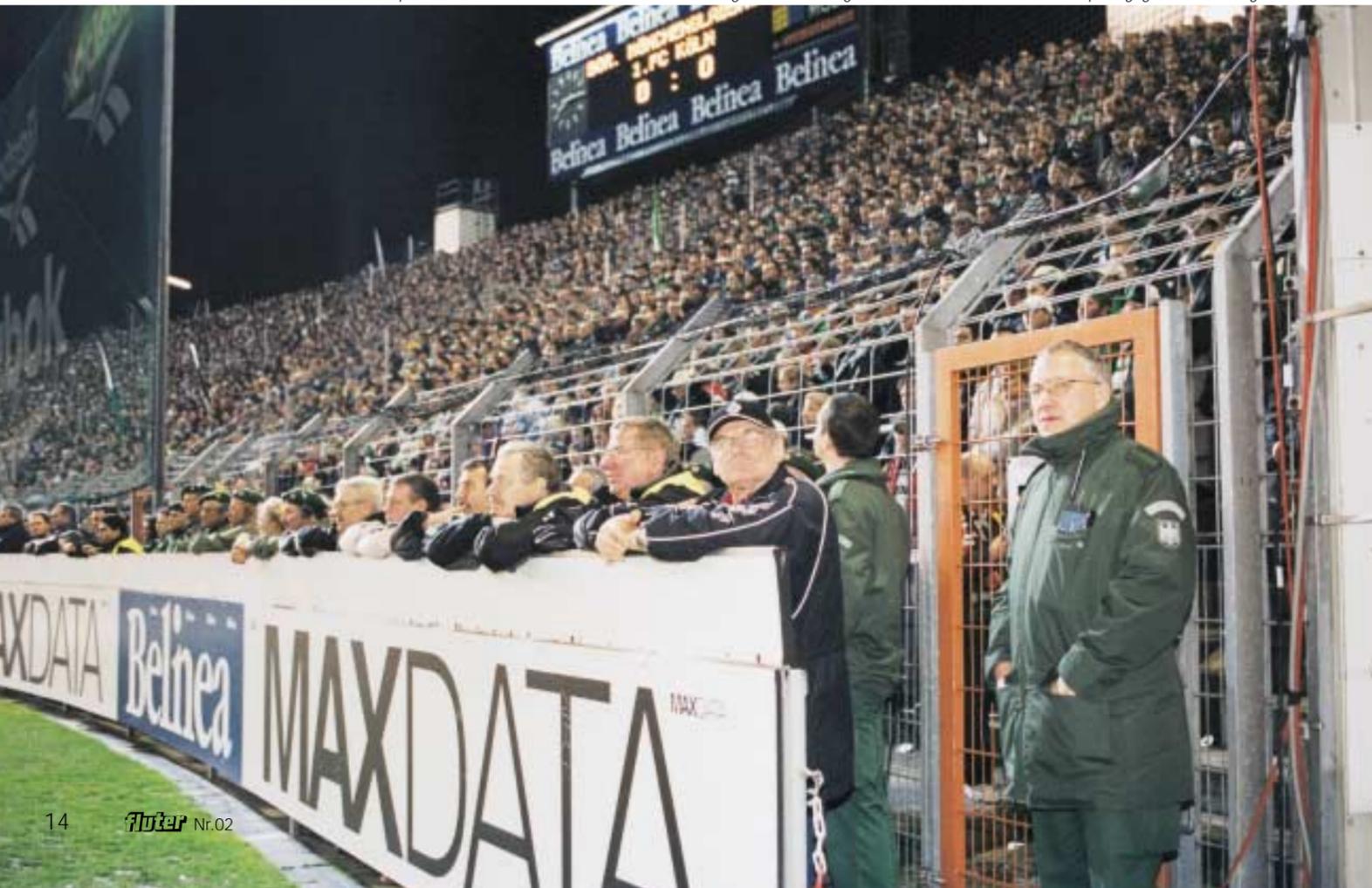


FC-Fans im Anmarsch: Mehr als 600 Fanclubs hat der 1. FC Köln mittlerweile. Das Fan-Projekt zählt über 2.000 Mitglieder, unter ihnen der bekannte Schlagersänger Gildo Horn

Bundesgrenzschutz heißt nicht nur Flughafen und Grenze. Sondern auch Fußball. Woche für Woche begleiten Bundesgrenzschützer Fußballfans auf dem Weg zum Auswärtsspiel und zurück. Jan Keith und Melanie Werlemann (Fotos) waren dabei. ➔



Vor dem Einsatz: Die Bundesgrenzschützer bei ihrer Lagebesprechung. Im Stadion übernehmen Ordnungskräfte und Polizei das Kommando – und können dabei hin und wieder auch einen Blick auf das Spiel werfen. An diesem Abend ist die Stimmung im Stadion angeheizt. Beide Mannschaften kämpfen gegen den Abstieg



21.30 Uhr

4:0 für Mönchengladbach. Das ist nicht nur für den 1.FC Köln ein schlechtes Ergebnis – sondern auch für die Beamten des Bundesgrenzschutzes. Es ist Dienstagabend: Zehn Bundesgrenzschutz (BGS)-Beamte haben sich in der Wache am Mönchengladbacher Hauptbahnhof versammelt. Ein alter, karger Besprechungsraum, eingerichtet im Stil der 70er-Jahre. „Das Ergebnis könnte die Emotionen der FC-Fans hoch kochen lassen“, sagt BGS-Mann Norbert Junge, der den Einsatz in Mönchengladbach leitet. Alle Beamten sind angespannter als noch vor ein paar Minuten, ihre Gesichter konzentriert.

Bald werden FC- und Gladbach-Fans vom Stadion zum Bahnhof zurückkehren. „Unsere Aufgabe ist es, diese beiden Fangruppen zu trennen und die FC-Fans im Sonderzug bis nach Köln zu begleiten“, erklärt Bernd Pleitgen, der im Zug das Kommando haben wird. Die Beamten stecken die Köpfe zusammen, vor ihnen der Lageplan des Bahnhofs. An zwei Stellen soll abgesperrt werden: Kurz vor Gleis 7, wo der FC-Sonderzug abfahren wird, und an Gleis 2, wo noch eine S-Bahn geht. Dazwischen ist Niemandsland: damit bloß keine verfeindeten Fans aufeinander treffen.

„Ich mache mich auf das Schlimmste gefasst“

21.40 Uhr

Ein Beamter unterbricht die Einsatzbesprechung. Das Funkgerät meldet irgendetwas, Handys klingeln. „Wir erfahren gerade, dass es im Stadion zu ersten Ausschreitungen gekommen ist“, sagt einer der BGS-Leute. In diesem Moment randalieren einige Fans auf dem Bökelberg, reißen Zäune ab und werfen Mülleimer auf Beamte der Landespolizei, die für die Sicherheit im Stadion und im Stadtgebiet zuständig sind. „Es soll schon Verletzte gegeben haben“, zitiert der BGS-Mann den Funkpruch. Vor dem Spiel hatte man sich bereits auf das Schlimmste vorbereitet: Beide Mannschaften stehen im Abstiegskampf, und die FC- und Gladbach-Fans sind traditionell stark verfeindet. „Wenn hier alkoholisierte, gewaltbereite Fans aufeinander treffen, kann alles passieren“, so Pleitgen. Mehrere Fans hatten schon vor der Abfahrt in Köln angekündigt, „dass heute die Post abgehen wird.“ Der BGS will dies verhindern: Knapp 50 Beamte werden den Sonderzug nach Köln begleiten, zusätzlich sind 20 bis 30 Kräfte im Gladbacher Bahnhof präsent. Unterstützt werden die Kölner und Gladbacher BGS-Beamten von der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, einer Spezialtruppe für solche Einsätze.

21.50 Uhr

Die Beamten patrouillieren bereits im Bahnhof. Unter ihrer Uniform tragen sie eine Schutzweste, eine Taschenlampe und einen Knüppel. Jeder hat eine Dienstwaffe und einen Helm, den sie aber nur aufsetzen, wenn's brenzlig wird, und im Ohr steckt ein Kopfhörer für das Funkgerät. „Nein, Angst habe ich nicht“, erzählt der BGS-Beamte Christoph ➔



Eine gute Position und einen klaren Kopf braucht der Bundesgrenzschützer, um alles im Blick zu behalten. Die Fans verfolgen eine gänzlich andere Strategie: Da im Stadion striktes Alkoholverbot herrscht, versorgen sie sich schon im Zug palettenweise mit bewusstseinstrübenden Substanzen



Nitschke, 25, während er genau die Szenerie beobachtet. „Aber ich bin sehr konzentriert und mache mich auf das Schlimmste gefasst.“ Nitschke hat schon einige harte Einsätze erlebt. „Den schlimmsten hatte ich auf Schalke“, erzählt er. Nach einem Spiel gegen einen holländischen Verein kam es zu schweren Ausschreitungen. „Ein holländischer Fan ist dabei ums Leben gekommen.“ Nitschke hatte die Aufgabe, zusammen mit seinen Kollegen eine Rettungsgasse zu organisieren. „Aber da war mit normalen Mitteln nichts zu machen. Die Schalke-Fans hatten mitgekriegt, dass es ein holländischer Fan war, der im Sterben lag, und machten einfach keinen Platz für die Rettungskräfte. Ich verstehe nicht, was in diesem Moment in den Köpfen der Chaoten vorgeht“.

22.00 Uhr

Die zwei Absperrungen sind eingerichtet, die ersten Fans werden schon kontrolliert. Flaschen und Waffen sind nicht erlaubt. Die meisten machen keinen Ärger, murren nur ein bisschen. Über Funk kommt eine neue Meldung: „Einige C-Fans sind im Anmarsch auf den Bahnhof.“ C-Fans: Das sind die Hooligans, die auf Randalie aus sind. „Unsere Problemgruppe“, so BGS-Beamter Krieger, der sich in der Fußballszene in Nordrhein-Westfalen gut auskennt. „A-Fans sind ganz harmlos, B-Fans sind die, die gewaltbereit sind und sich mitreißen lassen können“, erklärt er weiter. Das Augenmerk der BGS-Beamten ist aber auf die ge-

walttätigen C-Fans gerichtet: „Sie tragen manchmal teure Markenklamotten und sind nicht unbedingt auf den ersten Blick zu erkennen.“ C-Fans kommen aus allen Bevölkerungsschichten. „Darunter gibt's Rechtsanwälte, Banker oder sogar Polizeibeamte, die sich einmal in der Woche so richtig prügeln wollen.“

„Einige C-Fans sind im Anmarsch auf den Bahnhof“

Frank, 33, Banker aus Köln, ist einer dieser Hooligans. Bereits auf der Hinfahrt hatte er angekündigt: „Uns geht es nicht um das Spiel, wir fahren nur hin, um uns zu kloppen“. Lässig stand er in einem der Großraumabteile, mit seiner teuren Chevignon-Jacke, immer darauf achtend, dass er nicht in Hörweite eines BGS-Beamten ist. „Ich und meine Kumpels treffen uns mit einer Gladbach-Hooligan-Gruppe an einem geheimen Ort – und dann geht's los.“ Wo dieser geheime Ort ist, das ist für die BGS-Beamten schwer herauszubekommen.

22.15 Uhr

Der Sonderzug steht bereits an Gleis 7. Die Lage spitzt sich zu. Etwa 600 FC-Fans sind im Bahnhof, darunter rund 100 der Kategorie C. Plötzlich wird es hektisch. Man hört Glas zerbrechen, jemand hat eine Fensterscheibe des Sonderzuges eingeschlagen. Mehrere Beamte setzen ihre Helme auf und rennen los. Gleichzeitig kommt es zu einer Rangelei an der Absperrung: Zwei Beamte stürzen sich auf einen Mann, reißen

ihn zu Boden und halten seine Hände auf den Rücken. Eine Beamtin verriegelt die Absperrung, niemand kommt mehr durch. Oben auf dem Gleis ist die Lage angespannt. Die BGS-Beamten beeilen sich, die FC-Fans in den Zug zu bekommen. Die enttäuschten und frustrierten FC-Anhänger hauen mit Gegenständen gegen den Zug, einige steigen auf der anderen Seite des Zuges wieder aus. Chaos. Die Beamten rennen den „flüchtenden“ FC-Fans hinterher, irgendwo auf den Schienen.

22.45 Uhr

Endlich. Der Zug setzt sich in Bewegung. Aber nur einige Meter. Irgendwer zieht die Notbremse. Fünf Beamte machen sich im Zug auf die Suche nach dem Bremsenzieher – ohne Erfolg. Nach ein paar Minuten der nächste Versuch. Diesmal klappt's. Der Zug verlässt den Bahnhof, nach einigen Minuten hat der Sonderzug das „feindliche Territorium“ verlassen: Und plötzlich ist die Anspannung der Fans verschwunden. Die FC-Anhänger werden ruhig. „Sie sind müde und alkoholisiert, und zum Feiern gibt's ja auch nichts“, erklärt BGS-Beamter Nitschke. „Es ist oft so: Sobald man die 'feindliche' Stadt verlassen hat, wird's ganz still.“

23.35 Uhr

Nach 50 Minuten kommt der Zug in Köln an. Ruhig steigen die Fans aus, Schlachtgesänge sind kaum zu hören. Innerhalb weniger Minuten haben alle den Bahnhof verlassen. Nitschke: „Es war ein vergleichswei-

se ruhiger Einsatz.“ Er wird noch 30 bis 60 Minuten auf dem Bahnhof patrouillieren. Dann darf er endlich nach Hause ins Bett. „Es war ein langer Tag.“

info

Fanprojekte

Das erste Fan-Projekt in Deutschland entstand 1981 in Bremen, mittlerweile gibt es sie in 30 Städten von A wie Aue bis Z wie Zwickau. Sie wollen in erster Linie ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen, um Fußball-Fans davon abzuhalten zu randalieren. Neben dem Besuch der Fußballspiele steht der Austausch im Vordergrund: Fans können sich mit Spielern, Trainern und anderen Vereinsmitgliedern treffen, außerdem werden Gesprächsrunden mit Polizisten veranstaltet. Viele Projekte wären ohne private Geldmittel gar nicht denkbar: In Düsseldorf zum Beispiel war es die Punkband „Die Toten Hosen“, die 40.000 Euro für ein Fanprojekt bereitstellte. Wer mehr über die Fanprojekte wissen möchte, kann sich bei der Koordinationsstelle Fan-Projekte bei der Deutschen Sportjugend informieren. Unter www.bsj.org/dsj-fan-projekt.html kann man ein Word-Dokument mit allen wichtigen Fakten zu allen Fan-Projekten herunterladen.

Koordinationsstelle Fan-Projekte bei der Deutschen Sportjugend, Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt, Telefon 069-6700276, Fax: 069-67730000, E-Mail: kos.fanprojekte@dsj.de

Gedränge im Bahnhof von Mönchengladbach: Mit lautstarken Schlachtgesängen machen die Fans auf sich aufmerksam



Waffen und Flaschen sind nicht erlaubt. Die meisten Fans lassen die Kontrollen über sich ergehen und vermeiden es, sich mit BGS-Beamten anzulegen



GAST FEINDE

Wo Neonazis Furcht verbreiten

Immer wieder kommt es in den neuen Bundesländern zu Pöbeleien und Gewalt gegen Austauschschüler. Es gibt auch Zivilcourage. Momentaufnahmen von Sandra Daßler.

Blonde Haare, blaue Augen: Frank Cedolin sieht aus wie ein Deutscher. Trotzdem hat sich der französische Schüler, der im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks das Alexander-Puschkin-Gymnasium in Hennigsdorf bei Berlin besuchte, am Anfang seines Aufenthalts einiges anhören müssen. „Die haben ihn Froschfresser genannt oder Baguette“, erzählt sein deutscher Freund Alexander Tietze: „Im Grunde genommen waren es nur drei Schüler. Die sehen aus wie Rechte und denken auch so.“

Immer wieder hört Arnaud Sete, verantwortlich für den Schüleraustausch beim deutsch-französischen Jugendwerk, von solchen Vorfällen in den neuen Bundesländern. 1999 wurde eine französische Schülerin in Brandenburg geschlagen. Ein Jahr später weigerten sich Eltern aus Oranienburg, ihre Kinder zu farbigen Gastfamilien in Frankreich zu schicken. Arnaud Sete will trotzdem weiterhin französische Schüler in den Osten einladen: „Sonst hätten die Rechten doch genau das erreicht, was sie wollen“, sagt er: „Wir müssen offensiv mit solchen Vorfällen umgehen, die ja nur die Spitze des Eisbergs sind.“

Sete meint, dass nur ein kleiner Teil der Pöbeleien und Übergriffe bekannt wird. Die Folgen seien verheerend: „Jeder Schüler, der nach Frankreich zurückkommt und erzählt, dass in Ostdeutschland Nazis rumlaufen, sorgt dafür, dass die Angst wächst. Als ich früher mit meinen Klassen Deutschland besuchte, bin ich auch lieber in Berlin geblieben, als beispielsweise nach Brandenburg zu fahren.“

Das brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat vor zweieinhalb

Jahren an allen staatlichen Schulämtern so genannte Schulräte angeregt, die vor Ort auf Rassismus und Gewalt reagieren sollen. Im Fall von Frank Cedolin ist allerdings nicht viel geschehen. Sein Freund Alexander berichtet, dass viele in Hennigsdorf Angst vor den Rechtsextremen haben. Vater Tietze ergänzt: „Von den Lehrern wird fast alles geduldet. Und die Eltern haben andere Probleme.“ Der Diplomingenieur ist nach der Wende fast jedes Jahr mit seiner Familie nach Frankreich gefahren: „Als DDR-Bürger durften wir das nicht. Ich bin so froh, dass unsere Kinder jetzt diese Möglichkeit haben.“ Auch er möchte, dass das Voltaire-Programm weitergeht – auch in jenen Bundesländern, in denen es immer wieder Probleme gibt.

Nur ein kleiner Teil der Übergriffe wird bekannt

In Sachsen-Anhalt wurde beispielsweise die 16-jährige Französin Andrea Victol beim Osterfeuer von einem angetrunkenen Nachbarjungen ihrer Gastfamilie angespuckt. Die Gasteltern zeigten den Jungen an – nachdem sie drei Tage vergeblich auf eine Entschuldigung gewartet hatten. Dafür entschuldigten sich viele andere Dorfbewohner bei Andrea. Das farbige Mädchen war in den Ort völlig integriert.

Sie tanzte in der Frauengruppe der Freiwilligen Feuerwehr, spielte in der Volleyballmannschaft mit. Andreas Gastmutter, Eva Marquardt, hat sich an den Gemeinderat gewandt und einen Artikel in der Zeitung veröffentlicht. Trotzdem ist sie sauer, dass „alle nur über diesen Vorfall berichten“. Über das Positive, über die vielen Begegnungen, die das Austauschprogramm ermöglicht, werde nicht informiert. „Und es kann doch nicht sein“, meint Eva Marquardt, „dass ein betrunkenen Dummkopf alle unsere Bemühungen zunichte macht.“

info

Schulpartnerschaften

„Gemeinsam Handeln – Voneinander Lernen – Zusammenwachsen“: Unter diesem Motto fördert die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) Projekte zwischen ost- und westdeutschen Schulen. In den Schulen arbeiten die Schülerinnen und Schüler an einem gemeinsamen Projekt, in ihren Gastfamilien lernen sie das Leben vor Ort kennen. Schirmherr ist Bundespräsident Johannes Rau, unterstützt wird die Aktion durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Mehr Informationen gibt es unter www.schulpartnerschaften.de oder www.dkjs.de. Ansprechpartner bei der bpb ist Ronald Hirschfeld (hirschfeld@bpb.de.)

info

Gegen rechtsextreme Gewalt

www.gesicht-zeigen.de Die Seite bietet Informationen für alle diejenigen, die sich mit eigenen Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagieren wollen. Außerdem findet man hier regionale Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und bundesweite Veranstaltungstermine. Schirmherr des Vereins ist Bundespräsident Johannes Rau.

www.sos-rassismus-nrw.de Die Homepage von SOS-Rassismus präsentiert Projekte und Aktionen, mit denen sich Jugendliche in Nordrhein-Westfalen gegen Rassismus und für eine Verständigung zwischen den Kulturen einsetzen. Neben praktischen Informationen über ein Anti-Gewalt-Training gibt es ein Lexikon für Antirassismusbearbeitung, das Fachbegriffe von A wie Abschiebung bis Z wie Zivilcourage erklärt.

Hast du Angst, fühlst du dich sicher? Diana Fallenstein von der Jugendseite „quergestreift“ der „Südthüringer Zeitung“ fragte 17- und 18-Jährige



Klar, man kann sich nicht total sicher sein. Am Anfang habe ich mich schon gefragt, ob in Deutschland etwas Ähnliches wie in New York passieren kann. Aber jetzt fühle ich mich sicher.
Anne (17), Leimbach



Randgemeinschaften wie Skinheads oder das Satanisten-Ehepaar, das jetzt vor Gericht stand – solche Gruppen machen mich unsicher. Da kann man sich nur unauffällig verhalten.
Martin (17), Bad Salzungen



Manchmal, wenn ich abends unterwegs bin, habe ich Angst. Vor Ausländern. Manche sind sehr aggressiv, andere können ganz in Ordnung sein. Ich wohne im Neubaugebiet, dort ist die Angst vor den „Russen“ schon ein Thema. Anschläge wie in den USA können hier auch passieren. Ich hoffe nicht, aber man kann nie wissen.
Iwona (19), Bad Salzungen



ANGST

Ich fühle mich sicher in Deutschland. Anschläge kann ich mir hier nicht richtig vorstellen. Vor der rechten Szene muss man allerdings Angst haben, das spielt hier schon eine Rolle. Schützen kann man sich davor, wenn man nicht allein unterwegs ist und Konfrontationen mit denen aus dem Weg geht.
Hannes (17), Immelborn

ANGST

ANGST

ATTENTI

Was in den Sicherheitspaketen steckt

Was lässt sich gegen die Bedrohung durch Attentäter und Extremisten tun? Wieviel Risiko bleibt? Volker Thomas beleuchtet die Gesetze, die mehr Sicherheit garantieren sollen.

Terroranschlag im Frankfurter Bankenviertel. Selbstmordattentat wahrscheinlich. Viele Tote, Verletzte, eine Stadt in Panik. – Die Meldung ist erfunden. Doch wie es soweit kommen kann, lässt sich in Szenarios durchspielen: Ein Attentäter muss einreisen, er braucht Geld, Verbindungsleute, eine Unterkunft. Er braucht jede Menge Daten, die richtige Logistik, Know-how, eine günstige Gelegenheit. Alles Anknüpfungspunkte für Beobachtungen von Polizei und Geheimdiensten.

Eine terroristische Bedrohung schon im Ansatz zu stoppen – das ist das Ziel der beiden so genannten Sicherheitspakete, die der Bundestag Ende des vergangenen Jahres mit breiter Mehrheit verabschiedet hat. Doch weder Polizei noch Geheimdienste sprechen von absoluter Sicherheit: „Es ist jedem klar, dass es in unserer offenen Gesellschaft niemals lückenlose Sicherheit geben kann. Es geht darum einzusehen, dass die Früherkennung

solcher Aktionen notwendig ist.“ (Bundesinnenminister Otto Schily).

Was an direkten Eingriffen kommen wird, steht im Gesetz: Verschärfte Kontrollen bei der Einreise, Rasterfahndung nach auffälligen Merkmalen, Telefonüberwachung, Kontrolle von Geldtransfers, Verstärkung der Sicherheitschecks an potenziell gefährdeten Gebäuden. Aber ob und wie das gegen Terroristen hilft, die sich als „Schläfer“ tarnen, ist fraglich: Volker Beck, innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen: „Die meisten Attentäter von New York und Washington verbrachten die letzten Jahre und Jahrzehnte ihres Lebens im Ausland. Sie verhielten sich angepasst und gesetzestreu, um nicht aufzu-

fallen.“ Es müsse aber klar sein: „Es darf für Terroristen keinen Platz in Deutschland geben. Wer sich extremistisch betätigt, muss ausgewiesen werden. Wer eine Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland darstellt, wer schwere Straftaten begeht, darf durch das deutsche Asylrecht nicht geschützt sein“, so Erwin Marschewki, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das Terrorismusbekämpfungsgesetz ist ein so genanntes Artikelgesetz. Das heißt, es greift in bestehende Gesetze ein, verändert einzelne Paragraphen, ersetzt dort eine Bestimmung durch eine andere, definiert Tatbestände neu, erweitert Zuständigkeiten oder die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die entsprechende Bundestagsdrucksache umfasst (mit Begründung) 72 Seiten und enthält Bestimmungen, die vom „Asylverfahrens-“ bis „Ver-einsgesetz“ reichen. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten ausländischer Terrororganisationen auf deutschem Boden wird vom ➔

Verboten wird, was gegen „das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet“ ist

TERROR



„ Ich weiß, dass gerade bei den Nachrichtendiensten wo der Staat sein Handeln teilweise nach außen verbergen muss, die exakteste Beachtung des Grundgesetzes unverzichtbar ist und der Staat alles, aber auch alles, nur in den Grenzen dieser Verfassung tun darf. Nur dann ist er ein Rechtsstaat. Dieser Rechtsstaat muss sich immer bewähren – auch dann, wenn er unbequem wird.“
Peter Frisch, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV)

ANTI TERROR ➔

info

Wie viel Polizei es gibt

Der so genannte Personalschlüssel wurde im Jahr 1972 auf einen Polizisten für 420 Bürger festgelegt. Das hieße: Auf 82 Millionen Bürger kämen 195 238 Polizisten. Laut Bundesinnenministerium gibt es nach der letzten Erhebung 262 967 Polizeivollzugsbeamte. Davon entfallen 33 261 auf den Bundesgrenzschutz und circa 2 300 auf das Bundeskriminalamt. Der Verfassungsschutz hat 2 136 Beschäftigte bei einem Gesamtetat von 114,5 Millionen Euro. Beim MAD arbeiten 1250 Beamte (Etat 120 Millionen). Insgesamt 2300 Stellen zusätzlich sieht das Anti-Terror-Paket im Bereich des Bundes vor.

Gesetzgeber darauf verwiesen, dass „die gesetzliche Grundlage zur Beobachtung von Zusammenschlüssen und Einrichtungen afghanischer Taliban in Deutschland nicht eindeutig“ gewesen sei. Das gleiche gelte für andere ausländische Organisationen in Deutschland. Das Terrorismusbekämpfungsgesetz führt einen neuen Straftatbestand ein: Danach sind „Bestrebungen“ verboten, die gegen den „Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind“.

Der Verfassungsschutz kann jetzt auch Geld- und Kontenbewegungen verdächtiger Gruppen oder Personen kontrollieren. Ohne Informationen über Geldflüsse und Kontobewegungen sei es nicht möglich, „die Gefährlichkeit solcher Gruppierungen frühestmöglich einschätzen zu können“, sagt der Gesetzgeber.

Auch auf den geheimnisvollen IMSI-Catcher geht die Bundestagsdrucksache ein. IMSI-Catcher werden eingesetzt, um die Geräte-

und Kartennummern von Mobiltelefonen und damit auch die Standorte des Gerätes zu ermitteln. Der Verfassungsschutz darf laut Gesetz jetzt das Gerät verwenden, wenn eine Ermittlung anders „aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre“. Denn: „Angehörige terroristischer Gruppen nutzen zunehmend Mobiltelefone, deren Herkunft den Sicherheitsbehörden nicht bekannt ist. Die Telefonnummer solcher Geräte kann deshalb auch über einen Provider nicht festgestellt werden.“

Informationen über Geldflüsse und Kontobewegungen

Mit der Änderung des Vereinsgesetzes soll gegen den internationalen Terrorismus und seine deutschen Verbindungen vorgegangen werden: Bisher gab es keine Möglichkeit, gegen einen Ausländerverein vorzugehen, der in Deutschland Spenden für seine ausländische terroristische „Heimorganisation“ sammelt, Kämpfer rekrutiert oder die Organisation auf eine andere Weise unterstützt (wie das die Taliban oder die kurdische PKK in Deutschland getan haben). Das ändert sich durch die Neufassung der Verbotgründe. Ein Verein kann verboten werden, ➔

info

Die wichtigsten Änderungen in Stichworten

Am 19. September 2001 beschließt die Bundesregierung, im Haushalt 2002 zusätzlich drei Milliarden Mark zur Terrorismusbekämpfung zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird das Vereinsrecht geändert (Streichung des Religionsprivilegs) und ein neuer Tatbestand im Strafgesetzbuch eingeführt, der die Verfolgung terroristischer Aktivitäten im Ausland betrifft. Der Bundestag stimmt dem „ersten Sicherheitspaket“ am 11. Oktober, der Bundesrat am 30. November zu. Das „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ (auch zweites Anti-Terror-Paket oder „zweites Sicherheitspaket“) wird nach einer Beratung im Innenausschuss am 14. Dezember 2001 vom Bundestag verabschiedet, der Bundesrat stimmt am 20. Dezember 2001 zu. Die Neuregelungen betreffen rund 100 Gesetzesänderungen die zum 1. Januar 2002 in Kraft traten.

Biometrische Daten im Ausweis
Biometrische Daten wie Fingerabdrücke, Handform oder die Struktur der Augeniris dürfen in Ausweise aufgenommen werden. Insgesamt können drei zusätzliche Merkmale in verschlüsselter Form gespeichert werden. Die Merkmale müssen computerlesbar sein, dürfen aber für den Passinhaber nicht erkennbar sein. Derzeit laufen Gespräche auf europäischer Ebene, welche Merkmale europäisch einheitlich in die Ausweispapiere aufgenommen werden könnten.

Bundeskriminalamt
Das Bundeskriminalamt (BKA) darf unter bestimmten Voraussetzungen selbst Daten ermitteln – und muss nicht mehr wie bisher die jeweilige Landespolizei damit beauftragen. Außerdem führt das BKA die Ermittlungen bei

„schweren Formen von Datennetzkriminalität“. Das heißt: die Bundesbehörde greift dann ein, wenn „kritische Infrastrukturen“ des Staates oder großer Datennetzanbieter wie der Telekom kriminellen Attacken zum Opfer fallen.

Geheimdienste
Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abschirmdienst (MAD) dürfen künftig bei allen Banken Informationen über Konten, Geldbewegungen und Geldanlagen anfordern – wenn der Präsident des jeweiligen Geheimdienstes die Aktion genehmigt. Der Verfassungsschutz kann bei den Daten der Fluggesellschaften ebenso verfahren. Wenn Verfassungsschutz, BND oder MAD Daten von Post- und Telekommunikationsdiensten abfragen wollen, brauchen sie eine Genehmigung des zuständigen Ministeriums. Außerdem müssen die parlamentarischen Kontrollausschüsse regelmäßig über al-



“ Die wirkungsvollste Maßnahme zur Erhöhung der inneren Sicherheit ist die bessere personelle, finanzielle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei und der Dienste.

Max Stadler, innenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

“

Neben der Technik ist bei der Kontrolle vor allem gutes Personal wichtig: Eine private Sicherheitsfirma, die für die Gepäcküberwachung am Dulles Airport in Washington zuständig ist, musste 1,2 Millionen Dollar Strafe zahlen, weil sie untrainierte Sicherheitskräfte mit krimineller Vergangenheit beschäftigte

le Aktionen informiert werden. Der Betroffene erfährt zunächst nichts: Er oder sie wird erst dann informiert, wenn dadurch die Ermittlungen nicht mehr gefährdet werden können.

Sicherheitsprüfungen
Angestellte von sicherheitsrelevanten Einrichtungen wie etwa Krankenhäusern, Rundfunkanstalten oder Energieerzeugern sollen künftig genau geprüft werden. Das Gesetz ist ebenfalls zunächst auf fünf Jahre befristet. Das „Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ (SÜG), das entsprechend geändert werden soll, betraf bislang nur Menschen, die mit vertraulichen oder gar geheimen „Verschlusssachen“ zu tun hatten, also vor allem in Behörden. Das Atomgesetz regelt außerdem, wer in den Sicherheitsbereichen der Kernkraftwerke, das Luftverkehrsgesetz, wer in Bereichen der Luftfahrt arbeiten darf. In Zukunft ist aber jeder betroffen, der in einer Einrichtung beschäftigt ist,

„bei deren Ausfall oder Zerstörung eine erhebliche Gefährdung für die Gesundheit oder das Leben von großen Teilen zu befürchten oder die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar ist.“ Dazu gehören alle Bundeswehreinrichtungen („verteidigungswichtig“), aber eben auch andere für die Versorgung der Bevölkerung wichtige und nicht nur staatliche Betriebe.

Sky Marshalls
Der Einsatz von so genannten Sky-Marshalls an Bord von Flugzeugen erhält mit dem Sicherheitspaket eine rechtliche Grundlage. Allerdings dürfen keine privaten Sicherheitsdienste eingesetzt werden, sondern nur Bundesgrenzschutzbeamte und Polizisten.

Ausländerrecht
Ausländern, die in Deutschland leben, kann das Aufenthaltsrecht entzogen werden, wenn

sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands gefährden oder Gewalttätigkeiten mit politischen Zielen begehen. Es müssen allerdings konkrete Belege vorliegen, ein so genannter Anfangsverdacht reicht nicht aus.

Geheimdienste, Polizeibehörden und alle deutschen Auslandsvertretungen haben Zugriff auf alle Daten des Ausländerzentralregisters. Damit sollen schon im Vorfeld über einreisende Ausländer Daten verfügbar gemacht werden. Wer Asyl beantragt, muss künftig damit rechnen, dass seine Fingerabdrücke automatisch mit dem polizeilichen Tatortspurenbestand des Bundeskriminalamtes abgeglichen werden können.

Mehr Informationen zum Downloaden bei: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/1105/6/1.html>

ANTI TERROR ➔

„Mit der Änderung des Vereinsrechts ist eine Grenze überschritten. Mich stört der zu diffuse Begriff der „terroristischen Vereinigung“. Der „Kalifat-Staat“ in Köln ist zum Beispiel mit Recht verboten worden. Der Chef des Kalifat-Staats, Kaplan, sitzt wegen eines Mordauftrags im Gefängnis; es gibt eine Reihe von Erkenntnissen, die belegen: Dieser Verein ist gefährlich. Was aber ist mit Gruppen, die in Opposition zu einer oft autoritären Regierung in ihrem Land stehen? Es gibt einen alten Spruch: Des einen Freiheitskämpfer ist des anderen Terrorist. Da geht es um Leute, die vor politischer Verfolgung fliehen mussten, weil sie Vereinigungen mit sehr unterschiedlichen Schattierungen angehören. Es gibt Widerstandsbewegungen, die keine Gewalt ausüben, es gibt ihnen nahestehende Organisationen. Die türkische Regierung hat dem Innenminister eine Liste von rund 100 Organisationen vorgelegt, die sie in Deutschland gerne verboten sähe.“

Reinhard Marx, Frankfurter Rechtsanwalt und Spezialist für



Ausländerrecht

wenn er „Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets fördert, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung“ nicht vereinbar sind und wenn er „Gewaltanwendung“ befürwortet.

Wesentlich erweitert wurden die Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes, etwa bei der internationalen Computersabotage. Die Begründung für die Terrorismusbekämpfungsgesetze hält ausdrücklich fest: „Datenetze werden international zunehmend missbraucht, um Straftaten zu begehen. Hier bietet sich gerade für Terroristen ein neues Betätigungsfeld. Den Tätern steht global eine leistungsfähige Infrastruktur, insbesondere zum Angriff auf die Informations- und Kommunikationssysteme zur Verfügung.“

Die meisten Regelungen im Terrorismusbekämpfungsgesetz betreffen nicht deutsche, sondern ausländische Bürger. Es geht um Ausländer, die nach Deutschland kommen oder sich hierzulande aufhalten. Sie sollen besser überprüft und leichter abgeschoben werden können, wenn Beweise vorliegen, dass sie terroristische Gruppen unterstützen. Im Ausländergesetz wird ein „besonderer

Versagungsgrund“ für Visa, Einreise- und Aufenthaltsgenehmigungen geschaffen. Erfasst wird die Mitgliedschaft oder Unterstützung von Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen, unabhängig davon, wo die Anschläge verübt werden.

Berlin, Potsdamer Platz. Die Kamera links von dem großen Durchgang zum Sony-Center hat übernommen. Sie dreht sich langsam mit dem Fußgänger bis zum äußersten Anschlagpunkt, dann gibt sie weiter an die nächste. – Auf dem Potsdamer Platz sind Hunderte von Video-Überwachungskameras ständig im Einsatz. Jede Bewegung kann in einer unsichtbaren Zentrale registriert werden. Ein Funk-signal an den nächsten Sicherheitsmann, der in der Nähe eines Verdächtigen patrouilliert, genügt. Fühlt man sich sicherer?

„Überzeugende Antworten sind schwierig, vielleicht bleiben Ungewissheiten auch unvermeidbar. Es gibt nur einen Ausweg: Gesetze auf Zeit“, so die Wochenzeitung DIE ZEIT. Tatsächlich sind die Regelungen im Terrorismusbekämpfungsgesetz, die eine Ausweitung der geheimdienstlichen Befugnisse betreffen, auf fünf Jahre begrenzt. □

DIE ZEIT:
„Es gibt nur einen Ausweg: Gesetze auf Zeit“

info

Zuständigkeiten

Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Verfassungsschutz (Inland) und Bundesnachrichtendienst (Ausland) haben die Aufgabe „die Untergrund- und staatsgefährdende Arbeit staatsfeindlicher Gruppen und Einzelpersonen“ zu beobachten und zu überwachen. Für ihre Kontrolle sind parlamentarische Gremien verantwortlich.

Die Polizei ist für die Kriminalitätsbekämpfung zuständig. Polizei ist Ländersache, eine Bundespolizei existiert nicht. Das Bundeskri-

minalamt wird – in Abstimmung mit den Landeskriminalämtern – erst dann aktiv, „wenn sich ein Straftäter über das Gebiet eines Landes hinaus betätigt oder betätigen wird.“ Die Polizei wird von Richtern und Staatsanwaltschaften kontrolliert und muss sich dort die Genehmigung für bestimmte Sonderermittlungen holen (Hausdurchsuchen, Abhöraktionen etc.) Das kennt jeder aus den „Tatort“-Krimis.

Bisher galt: Polizei und Geheimdienste arbeiten strikt getrennt voneinander. Das wird durch das neue Terrorismusbekämpfungsgesetz anders: Mittel, die Geheimdienste an-

wenden dürfen, weil es um die Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, geht, dürfen jetzt auch bei der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt werden.

Seit 1994 („Verbrechensbekämpfungsgesetz“) darf der BND – auch im Inland – Informationen sammeln und an die Polizei weitergeben, wenn es um Drogenkriminalität, Geldfälschung oder Geldwäsche geht. Diese Rechte sind erweitert worden, so dass der Nachrichtendienst auch auf Bank-, Post- und Luftverkehrsdaten Zugriff hat.



Kontrollinstrument der Zukunft? Eine deutsche Firma, die sich mit organischer Bildtechnik beschäftigt, hat diese Zugangskontrolle mit Gesichtserkennung entwickelt

Christoph Gusy: „Vollständige Sicherheit darf es nicht geben“

Der Bielefelder Rechtswissenschaftler über den Preis der Freiheit

Ist Sicherheit eine Illusion?

Vollständige Sicherheit kann und darf es nicht geben. Ein gewisses Maß an Unsicherheit ist der Preis der Freiheit. Wo alles geregelt, alles überwacht und alles gespeichert wird, ist die Freiheit am Ende. Das Ende der Freiheit ist allerdings keineswegs vollständige Sicherheit, sondern vollständige Unsicherheit.

Neue gesetzliche Maßnahmen für mehr Sicherheit?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass in Sicherheitsdingen der Teufel oft im Detail steckt. Was helfen neue Zentralstellen, die Möglichkeit von Online-Abfragen und geheime Ermittlungsmethoden, wenn es immer noch Polizeistellen gibt, die nicht einmal über einen PC verfügen?

Funktionieren denn die Kontrollen?

Die Rechtsordnung hat zahlreiche Instrumente zur Verfügung gestellt: Behördeninterne Kontrollen, politisch Verantwortliche, Rechnungshöfe, Gerichte, parlamentarische Kontrollgremien. Sie alle sollen Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Effizienz des Handelns der Sicherheitsbehörden überprüfen. Diese Kontrollen haben sich bewährt.

Und bei den Geheimdiensten?

Schwierigkeiten treten immer dort auf, wo staatliche Behörden geheim ermitteln. Diese Heimlichkeit bezieht sich nicht nur auf die Betroffenen: Auch Dritte sollen nicht merken, dass gerade eine staatliche Stelle handelt. Ein transparenter Geheimdienst wäre ein Widerspruch in sich selbst. □

Mit Christoph Gusy sprach Volker Thomas

ANTI TERROR ➔

info

Geld für mehr Sicherheit

1,5 Milliarden Euro zusätzlich werden für die Terrorismusbekämpfung im Haushaltsjahr 2002 bereitgestellt:

- 750 Millionen Euro erhält die Bundeswehr, um für künftige Einsätze in neuen Konfliktgebieten gewappnet zu sein.
- 250 Millionen Euro gehen an das Bundesinnenministerium: Die Einsatzfähigkeit des Bundesgrenzschutzes soll gestärkt, der Zivil- und Katastrophenschutz modernisiert werden. Weitere Mittel gehen an das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit verfügen über je 100 Millionen Euro für Aufbau- und Hilfsprogramme in den betroffenen Krisenregionen, für die Versorgung von Flüchtlingen und die Stärkung des interkulturellen Dialogs. Außerdem soll die Sicherheit deutscher Auslandsvertretungen verbessert werden.
- Das Bundesministerium der Justiz und das Bundesministerium der Finanzen erhalten zusammen 25 Millionen Euro, um die Ermittlungstätigkeit des Generalbundesanwalts zu unterstützen und den Kampf gegen die Geldwäsche effektiver führen zu können. Der Bundesnachrichtendienst soll ebenfalls 25 Millionen Euro für eine verstärkte Auslandsaufklärung bekommen.
- Die restlichen 250 Millionen Euro bilden eine Reserve, die je nach Entwicklung der Sicherheitslage vergeben wird.

Hans-Jürgen Lange: „Die Politik steht unter dem Druck der Öffentlichkeit...“

„... sie muss reagieren und Erfolge vorweisen“, sagt der Sprecher des Arbeitskreises Innere Sicherheit, in dem sich Politikwissenschaftler, Soziologen, Historiker, Rechtswissenschaftler und Kriminologen zusammengeschlossen haben.

Das Sicherheitspaket hat rund 100 Gesetze verändert. Die Gesetzgebung verspricht mit harten Eingriffen in Freiheits- und Bürgerrechte die Sicherheit der Gesellschaft. Wir fragen: Kann damit dieser Anspruch überhaupt eingelöst werden? Sind diese Gesetze geeignet, die Probleme zu lösen, die sie lösen wollen?

Bei vielen Maßnahmen haben wir Zweifel. Hier wurden teilweise Techniken und Erfahrungen übertragen, die aus den 70er Jahren, aus dem Kampf gegen den RAF-Terrorismus stammen. Dieser Terrorismus war rational und berechenbar. Das waren Straftäter, die bei allem Fanatismus doch am eigenen Leben hingen. Ein Großteil aller kriminalpolitischen Instrumente basiert auf Abschreckung. Der jetzige Terrorismus verzichtet auf die 50 Prozent des Vorbereitungsaufwandes, die man braucht, um vom Tatort wieder wegzukommen. Diese neue Qualität, das ist ein wichtiger Aspekt unserer Kritik, berücksichtigen die Sicherheitsgesetze nicht.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es immer neue Problemstellungen. Gegen die Organisierte Kriminalität, hieß es, muss unbedingt etwas geschehen. Maßnahmen wurden ergriffen, Gesetze verändert, sogar die Verfassung. Plötzlich ist die Diskussion beendet. Keiner fragt mehr, ob es etwas geholfen hat. Der große Lauschangriff: Wenn wir den nicht bekommen, ist die Innere Sicherheit massiv ge-

fährdet, hieß es. Heute wissen wir: Es sind 30 Fälle im Jahr. Warum so wenig? Was bringt es? Darüber wird nicht diskutiert.

Dann kam das nächste Problem: der Rechtsextremismus. Alle konzentrierten sich auf Rechtsextremismus. Ermittlungsgruppen wurden eingerichtet, alles Mögliche wurde gemacht. Dann kam der 11. September, und niemand spricht mehr vom Rechtsextremismus. Jetzt kann man sagen – das sind Themenkonjunkturen der Medien. Aber das alleine ist es nicht. Die Politik steht unter dem Druck der Öffentlichkeit. Sie setzt wiederum die Polizei unter Druck. Diese muss reagieren und Erfolge vorweisen.

Ich will die Politiker nicht zu Buhmännern machen. Was sollte ein Innenminister in der Mediendemokratie machen? Er steht unter hohem Druck und kann schlecht sagen: Wir sind hilflos, wir wissen es auch nicht so genau. Die Opposition würde ihn sofort zum Rücktritt auffordern. Aus diesem Dilemma herauszukommen ist schwierig; die Spielregeln der Politik lassen sich nicht ohne Weiteres ändern.

Mit Hans-Jürgen Lange sprach Michael Bechtel

„Die Techniken stammen aus dem Kampf gegen den Terrorismus der 70er Jahre“

...mehr zum Thema bei fluter.de

Fühlst Du Dich sicher? Alexandra Ringendahl von der Jugendseite des Kölner Stadt-Anzeigers im Erftkreis fragte ihre Autoren

Zum Thema „Innere Sicherheit“ nur so viel: Ich habe Angst, abends im Dunkeln alleine – zu Fuß oder auf dem Fahrrad – irgendwohin zu gehen. Da ist meiner Meinung nach die Gefahr zu groß, ausgeraubt oder, noch viel schlimmer missandelt, zu werden. Schützen kann mich der Staat hier nicht, das kann ich nur selber. Meine Eltern haben mir schon früh klar gemacht, dass ich mich abends nur in Begleitung oder, wenn alleine, dann im Auto fortbewegen soll.

Teresa (19), Bedburg



Ich habe eigentlich weniger Angst vor Schlägereien oder anderen Auseinandersetzungen mit Jugendlichen. Ich wurde noch nie angegriffen oder bedroht. Ich denke, wenn man ein gewisses Selbstbewusstsein ausstrahlt, wird man auch nicht angegriffen. Außerdem kann man dem meisten Ärger aus dem Weg gehen. Große Angst habe ich vor einem übermächtigen Staat, der zusammen mit einer autoritären Polizei und den Geheimdiensten immer mehr Freiheiten einschränkt und deshalb für mich eine größere Bedrohung ist. Freiheit stirbt mit Sicherheit – ich denke dieser Satz trifft es am ehesten.

Jörn (18), Brühl



Ich bin eigentlich nicht so der ängstliche Mensch, aber auf Grund von schlechten Erfahrungen fühle ich mich im Dunkeln nicht so sicher. Da ich schon mehrfach von Männern angemacht und verfolgt wurde, habe ich mir Tränengas zugelegt und an einem Anti-Gewalt-Training teilgenommen. Hier habe ich gelernt, auf solche Situationen selbstsicher und ruhig zu reagieren, die Gefahr frühzeitig zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Das Tränengas habe ich inzwischen wieder abgeschafft – dieses Training kann ich nur empfehlen, denn ein selbstbewusstes Auftreten kann einen vor vielem schützen.

Kerstin (19), Kerpen

Ängste im Alltag sind normal. Jeder hat zum Beispiel gelernt, herumöbelnden anderen Jugendlichen irgendwie aus dem Weg zu gehen. Es bringt auch nichts, sich über die Gründe und Motivationen solcher Leute Gedanken zu machen. Große Reden darüber schwingen schon andere, und ändern tut sich ja doch nichts. Mit dieser "natürlichen Gewalt" umzugehen gehört eben zum Alltag dazu, man hat es irgendwann gelernt, und das hat sich seit dem 11. September nicht verändert.

Oliver (19), Pulheim

Angst habe ich, wenn ich abends alleine durch die Straßen laufe und nicht weiß, wer mir begegnet. Sobald ich merke, dass andere in der Nähe sind, versuche ich zu erkennen, ob mir die Leute merkwürdig vorkommen oder nicht. Wenn ich mich dann unwohl fühle, gehe ich schneller weiter. Tagsüber fühle ich mich auf der Straße sicherer.

Annika (18), Kerpen



ANGST

ANGST

ANGST

ANGST

KLAR SICHT

Was beim Sicherheitscheck passiert

Brigitte Silvia Malsy ist Luftsicherheitsassistentin am Frankfurter Flughafen. Sie fürchtet sich vor plötzlichen Zwischenfällen und hat Angst, eine Waffe zu übersehen.

Der Mann mittleren Alters sah gepflegt aus. Schicke Klamotten, gut frisiert, seriös – wie ein ganz normaler Geschäftsmann. „Das Einzige, was mir auffiel, war, dass er es anscheinend sehr eilig hatte“, erinnert sich Brigitte Sylvia Malsy. Wie immer hatte sie damals Dienst an der „Front“: Dort, wo die Passagiere durch den Sicherheitscheck des Frankfurter Flughafens müssen. Taschen werden durchleuchtet, Körper abgetastet. Als der Geschäftsmann an der Reihe war, bat sie ihn höflich, seinen Laptop zu zeigen. „Plötzlich schäumte er vor Wut“, erzählt die 29-jährige Frau. Dann ging alles ganz schnell: Der Mann nahm seinen Laptop und warf ihn mit voller Wucht quer durch die Halle auf den Boden. Das Gerät zersplitterte in hunderte Einzelteile. Malsy: „Ich war wie gelähmt. Ich dachte nur, oh je, jetzt wird's brenzlig.“ Aber innerhalb von Sekunden waren die Beamten des Bundesgrenzschutzes zur Stelle.

„So etwas passiert aber eher selten“, erzählt Malsy, die seit sieben Jahren als Luftsicherheitsassistentin im Frankfurter Flughafen arbeitet. Normalerweise ist es ruhig: Die Passagiere werden mit einer Sonde abgetastet, mit Händen wird noch einmal nachkontrolliert. Gleichzeitig checken die Luftsicherheits-

assistenten das Gepäck. Falls ein Gegenstand bei der Durchleuchtung verdächtig erscheint, wird das Gepäck noch einmal untersucht. „Die meisten Passagiere sind freundlich und lassen diese Prozedur über sich ergehen“, meint Malsy. „Es ist ja für ihre eigene Si-

cherheit.“ Immer wieder findet sie verbotene Gegenstände: Messer aller Art, Tränengas, Nagelfeilen, sogar Pistolen. „Meistens führen die Passagiere diese Dinge aber nicht mit böser Absicht mit sich“, erzählt sie. Fluggäste, die Pistolen dabei haben, sind meist Besitzer eines Waffenscheins. „Wir haben viele Jäger, die zum Beispiel nach Südafrika fliegen – zum Schießen.“ Und Frauen mit Tränengas in der Handtasche wissen nicht, dass dies verboten ist. Seit dem 11. September sind die Sicherheitsmaßnahmen noch verschärft worden. So waren vorher Messer mit einer Klingenlänge von bis zu acht Zentimetern an Bord zugelassen – jetzt nicht mehr.

„Der Reiz an meinem Job ist, dass wir viel mit Menschen zu tun haben“, sagt sie. „Und es ist eine Herausforderung, so viel Verantwortung zu tragen.“ Die ersten Wochen an der „Front“, so erinnert sie sich, waren hart. „Als ich anfing, hatte ich das Gefühl, dass jeder Fluggast ein potenzieller Terrorist ist. Ich hatte Angst, dass ein Flugzeug entführt wird, nur weil ich etwas übersehen habe.“

Jan Keith



Schon vor dem 11. September sammelten die Sicherheitsleute am Flughafen jährlich etwa 200.000 „nicht erlaubte“ Gegenstände ein. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl auf 375.000, denn durch die verschärften Sicherheitsbestimmungen geraten jetzt nicht nur Schusswaffen und Munition ins Visier der Kontrolleure, sondern auch Scheren, Messer, Nagelfeilen und Einwegrasierer – allein am Frankfurter Flughafen lassen sich damit am Tag zwei Möbelkisten füllen.

SCHAMFRIST

Feind im Anflug: In Roland Emmerichs Schocker „Independence Day“ zerstören Außerirdische New York. Nach dem 11. September 2001 war das für Hollywood tabu: Der deutsche Regisseur Wolfgang Petersen zeigte sich überzeugt: „Im Film wird in nächster Zeit kein Hochhaus mehr explodieren, es werden keine Flugzeuge mehr entführt und es werden auch keine abstürzen“. Irrtum. Es dauerte nur vier Monate, bis „Independence Day“ wieder im Fernsehen lief (bei PRO 7 am 13. Januar) und – Rekordquote – 8,1 Millionen Zuschauer schaudern ließ. Der Start des Terroristen-Actionthriller „Collateral

Damage“ war am 5. Oktober 2001 verschoben worden und geriet dafür beim USA- und Europa-Start am 21. Februar 2002 zum absoluten Publikumsrenner. Hauptdarsteller Arnold Schwarzenegger: „Bei Gewaltfilmen gibt es in Hollywood keinen moralischen Code. Wenn sich die Filme verkaufen, werden sie auch gemacht. Basta!“ Auch Actionspezialist Wolfgang Petersen hat inzwischen eine neue Einsicht gewonnen. Er zitiert seine Hollywood-Kollegen: „Das passiert uns nicht noch einmal, dass Terroristen im Umgang mit Gewalt einfallsreicher sind als wir.“ *Dieter Gaarz*

EURO SCHIMMANSKI

Jürgen Storbeck: „Wir von Europol vernetzen Informationen“

Früher galten sie als „kompetenzlos“, jetzt sollen sie eine internationale Anti-Terroreinheit aufbauen: Mit Europol-Chef Jürgen Storbeck sprachen Martin Scholz und Martin Winter.

Von außen sieht der mit Efeu zugewachsene Bau im Raamweg 47 nicht unbedingt so aus wie die Kommandozentrale im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus – eher wie ein alternatives Kulturzentrum. Die heimelige Öko-Fassade passt zu dem zahmen Image, das Europol lange anhaftete. Seit ihrer Gründung im Juli 1999 wurde der europäischen Polizeibehörde in Den Haag, die nicht ermittelt, sondern ausschließlich Daten sammelt und Recherchen koordiniert, oft Kompetenzlosigkeit vorgeworfen.

Sogar Jürgen Storbeck, der Chef von Europol, hat vom zahnlosen Tiger gesprochen. Das ist noch nicht so lange her. Doch seit dem 11. September hat sich die Wahrnehmung von Europol stark verändert. Der ehemalige BKA-Mann Storbeck soll jetzt unter Hochdruck eine Anti-Terror-Einheit aufbauen, die Kooperation mit dem FBI vorantreiben und möglichst schnell Ergebnisse vorlegen.

Kennen Sie den Thriller French Connection?

Sicher, den habe ich in meiner Studienzeit gesehen. Gene Hackman als Drogenfahnder, ziemlich beeindruckend. Den zweiten Teil habe ich mir natürlich auch angesehen. Im zweiten Teil reist Hackman aus den USA nach Mar-



seille, um einen internationalen Drogenring auszuheben. Weil er aber kaum Französisch spricht, lassen ihn die Kollegen vor Ort lange im Dunkeln tappen.

Sieht so der Alltag der internationalen Polizeiarbeit aus?

Leider ja. Die Verständigungsprobleme sind unser größtes Handicap. Hinzu kommen unterschiedliche Polizeikulturen, oft sogar noch innerhalb eines Staates. Ein Gendarm oder ein Carabinieri ist anders ausgebildet als sein Kollege von der Kriminalpolizei. Aber die Sprachbarriere ist das größte Problem. Ohne gemeinsame Sprache fehlt das instinktive Vertrauen. Wenn beispielsweise ein Deutscher Informationen in fehlerhaftem Englisch weitergibt, ist es fraglich, was ein Niederländer oder ein Italiener davon versteht. So kann man zu falschen Schlüssen kommen. Am Ende sagen sich die Beamten: „Mir ist das Ganze zu komplex.“

Sind internationale Akteure in Ihrer Zunft noch in der Minderheit?

Es gibt schon ein paar. Nur hat der internationale Austausch in der Vergangenheit immer nur mit Hilfe des „Old Boys Network“ funktioniert. Das läuft dann so: Ein deutscher Kriminalbeamter lernt bei einem Fußballspiel unter Kollegen einen Polizisten aus Bordeaux kennen. Abends sitzen sie in der Kneipe. Und wenn der Deutsche irgendeine Information aus Frankreich benötigen sollte, ruft er einfach seinen Kumpel in Bordeaux an. Der wird ihm weder den Erfolg noch den Fall wegnehmen, wie das eine internationale Behörde tun könnte. Auf dieser Ebene gibt es eher Vertrauen. Wenn man dieses „Old Boys-Network“ nicht nutzt, ist es schwieriger, Vertrauen aufzubauen.

Bisher standen Sie mit Ihrem Europol-Team eher am Rand des Spielfelds. Jetzt sollen Sie die Hauptmannschaft gegen den Terrorismus bilden. Sind die Erwartungen zu hoch?

Auch wenn Europol neue Aufgaben bekommen hat, darf man dabei nicht unser Konzept vergessen. Europol ist weder das Bundeskriminalamt, noch das FBI und auch nicht der „Special Branch“ von Scotland Yard. Das sind alles Behörden, die im Gegensatz zu uns vor Ort ermitteln. Wir vernehmen nicht, wir durchsuchen nicht, wir nehmen auch niemanden fest. Ob sich daran etwas ändern wird, muss man sehen.

Würden Sie sich denn ein Euro-FBI mit der Lizenz zum Ermitteln wünschen?

Ich bin kein Befürworter eines Euro-FBIs, das verhaften und durchsuchen kann. Jedenfalls nicht, solange wir kein gemeinsames Straf- und Polizeirecht in Europa haben. Derzeit wäre es für uns fast unmöglich, solche Aufgaben zu bewältigen. Wenn ich jetzt einen Beamten nach Finnland schicke, um dort zu ermitteln, stelle ich mich doch die Frage, nach welchem Recht er vorgehen könnte – nach finnischem, nach niederländischem oder nach deutschem Recht? Eine europäische Behörde mit umfassenden Befugnissen wie das FBI ist gegenwärtig nicht denkbar. Man muss das realistisch sehen. Die EU-Minister haben ja nicht gesagt: Europol übernimmt die Ermittlungen, sondern Europol unterstützt und koordiniert. Und das können wir auch leisten.

Was genau leisten Sie denn?

Wir haben jetzt beispielsweise unsere Leute nach Frankreich geschickt. Die sollen dort aktuelle Ermittlungen beobachten. Ähnliches passiert in England oder anderen Ländern. Dann sehen wir: „Okay, in Frankreich wird derzeit dieser Verdächtigenkreis verfolgt, einige Spuren führen nach Spanien.“ Und diese Informationen vernetzen wir, gleichen sie mit Spanien ab. Das können die französischen Kollegen vor Ort oft nicht leisten. Die sind mit

ihren Ermittlungen beschäftigt. Bis die auf einem langen Dienstweg Infos aus Spanien anfordern, stellen die das erst mal zurück.

Ablage Papierkorb?

So ungefähr. Aber wenn wir bei Europol die Zusammenhänge kennen, die Spuren abgleichen, können wir wichtige Hinweise geben. Nur ein Beispiel: Angenommen eine Person, nennen wir sie Abdul, wäre ein Verdächtiger in Spanien. Jetzt erfahren wir: Er hält sich zeitweise auch in Deutschland auf und heißt dort Abdulla. Wir führen die Puzzlestücke zusammen. Haben wir Bilder von ihm? Wir könnten die belgische Polizei nach Fotos fragen, weil wir erfahren haben, dass er mal in Belgien studiert hat, vielleicht gibt es da einen Studentenausweis. Wir haben hier bei Europol

den Vorteil, dass wir die jeweiligen Sprachen beherrschen. Wir können uns die spanischen Unterlagen ansehen und das schnell mit dem Material aus den Niederlanden oder Belgien vergleichen. Inzwischen werden überall in Europa Verdächtige verhaftet, Verbindungen aufgedeckt.

Die Polizei muss doch vorher schon eine Menge gewusst haben? Ist man in Europa jetzt eher bereit, Informationen zu teilen?

Der 11. September hat schon einen Lernprozess ausgelöst. Dennoch: Im Terrorismus-Bereich ist die Zusammenarbeit generell sehr schwierig, weil der Terrorismus-Begriff verschieden ausgelegt wird. Was in einem Staat möglicherweise noch als Kampf für eine mehr oder weniger berechtigte Sache gilt, ist

in einem anderen Staat womöglich ganz nah am Terrorismus. Deshalb war man in der EU lange sehr vorsichtig mit der Weitergabe von Informationen.

Gibt es V-Männer, die im islamischen Terrorismus eingesetzt werden?

Wenn ich es wüsste, würde ich es Ihnen nicht sagen. Vielleicht weiß ich es. Aber es ist natürlich schwierig, V-Männer mit westlicher Herkunft in solche Gruppen einzuschleusen.

Gibt es Instrumente, um „Schläfer“ in einer offenen, freien Gesellschaft wie unserer zu identifizieren?

Ich glaube schon, dass Sicherheits- und Geheimdienste da einiges tun können. Aber die Frage ist: Wie weit will man gehen? Wie weit will eine Gesellschaft, der Staat, der Bürger kontrolliert werden? Wir leben in einem liberalen Rechtsstaat und liberal heißt eben: Es soll nicht alles überwacht werden. □

„Liberal heißt eben: Es soll nicht alles überwacht werden“

„Wir vernehmen nicht, wir nehmen auch niemanden fest“



Im Gegensatz zu Europol übernimmt das amerikanische FBI handfeste Polizeiaufgaben – wie hier vor dem Haus von Ex-FBI-Agent Robert Philip Hansen. Hansen hatte Informationen an den russischen Geheimdienst KGB verkauft, eine FBI-Agentin beschlagnahmt vor laufenden Fernsehkameras seine Post

SPUREN SUCHHE

Wie das Bundeskriminalamt Fingerabdrücke erkennt

Drei Millionen Fingerabdruckblätter sind in Wiesbaden gespeichert. Der Computer hilft bei der Identifizierung. Aber die eigentliche Arbeit leisten so genannte Daktyloskopen.

An der dänischen Grenze nimmt die Polizei einen Geschäftsmann fest – mit falschem Pass. Ob er wirklich, wie vermutet, ein gesuchter Hehler ist, kann nur das Automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) des Bundeskriminalamtes (BKA) klären. Für die ermittelnden Flensburger Beamten läuft jetzt die Uhr: Der Verdächtige kann nur begrenzte Zeit festgehalten werden.

Auf einem Formblatt nehmen die Beamten alle Fingerabdrücke des Verdächtigen. Bislang geht das noch herkömmlich mit schwarzer Farbe. In einigen Jahren werden die Finger nur noch auf eine Glasplatte gelegt und die Abdrücke gehen automatisch per Live-Scan-System zum BKA. Nach der Abdrucknahme überträgt das polizeiinterne System Telebild 2000 die Fingerabdrücke in drei bis vier Minuten nach Wiesbaden. Im Erkennungsdienst des Bundeskriminalamtes beginnt jetzt die Arbeit der Fingerabdrucks-Ex-

perten, der Daktyloskopen. Circa 100 anatomische Merkmale verbergen sich in einem einzigen Finger, in der gesamten Handfläche sogar bis zu 2000. Jeder Fingerabdruck ist einzigartig – auch bei eineiigen Zwillingen – und bleibt von der Geburt bis zum Tod gleich. Wer versucht, seine Wiedererkennung durch das Abschneiden von Haut und Gewebe seiner Fingerkuppen zu verhindern, ist zum Scheitern verurteilt: Die Linien wachsen mit genau dem selben Muster nach.

Drei Millionen Fingerabdruckblätter von Straftätern, aber auch von Asylantragstellern, sind in Wiesbaden gespeichert. Der Computer vergleicht die aus Flensburg übermittelten Fingerabdrücke binnen einer Sekunde mit 6000 Fingerabdruckbildern des gleichen Grundmusters. Nach wenigen Minuten hat er

10 bis 15 Abdrücke mit bestimmten Übereinstimmungen herausgefiltert.

Für die Daktyloskopen beginnt jetzt die Feinarbeit. Am PC markieren sie besondere Merkmale des eingesandten Fingerabdrucks und vergleichen sie mit den herausgefilterten Bilddateien. Genau zwölf Merkmale müssen zwischen zwei Fingerabdrücken übereinstimmen, um eine Person zu identifizieren.

Drei Millionen Fingerabdruckblätter sind gespeichert

Der Vergleich der aus Flensburg eingesandten Fingerabdrücke mit dem Datenbestand des BKA ist erfolgreich: Die Fingerabdrücke sind bereits gespeichert. Eine Kollegin überprüft den eingesandten und die per AFIS ermittelten Abdrücke noch einmal mit einer Lupe. Dann werden mit der AFIS-Referenznummer die zum Fingerabdruck gespeicherten Personalien ermittelt. Zwei bis drei Stunden nach der Festnahme wissen die Polizisten in Flensburg: Der angebliche Geschäftsmann ist die gesuchte Person. Frisur, Haar- und Augenfarbe konnte er verändern. Den Verlauf der feinen Linien auf seiner Fingerkuppe nicht. □ Ute Schröder



Die Mutter aller biometrischen Merkmale: Seit fast 100 Jahren werden in Deutschland Fingerabdrücke erfasst, um Menschen zu identifizieren



Für Laien wirkt ein Fingerabdruck wie der andere – Daktyloskopen erkennen die Unterschiede in Sekunden

Was die Biometrie den Experten verrät

Seit jeher werden Personalausweise gefälscht, Pässe gestohlen, Passwörter weitergesagt, Codes verraten und Schlüssel nachgemacht. Jetzt scheint das einzige Mittel, die Identität einer Person unwiderlegbar festzustellen, gefunden: Der Körper ist der Ausweis. Messbare biometrische Eigenschaften einer Person, die sie ihr Leben lang unverwechselbar machen, sollen zur Grundlage des neuen Personalausweises werden, dessen Einführung europaweit ins Auge gefasst wird.

Einige biometrische Daten finden sich jetzt schon in unseren Ausweisen: Größe, Augenfarbe, besondere körperliche Merkmale. Nicht fälschungssicher genug für die Experten. Sie experimentieren mit der Regenbogenhaut des Auges – der Iris –, mit Fingerabdrücken, mit Gesichts- oder mit Handvermessung. Sogar die DNA-Analyse ist im Gespräch.

Bei der Iris-Analyse machen Datenschützer nicht mit: Aus dem Bild der Regenbogenhaut lassen sich auch Krankheiten ablesen, die Kontrollinstanzen nichts angehen. Die gentechnische Variante wird als extrem sicher, aber zu zeitaufwendig verworfen: Ein DNA-Test dauert Stunden.

Fingerabdrücke gelten als sicher, auch Gesichts- oder Handbiometrie. Aber genau da fangen die Bedenken an: Was ist, wenn alle Europäer in einer Zentraldatei erfasst sind? Wer verhindert die Vernetzung der Daten? Was ist mit denen, die von außen kommen, die als Touristen einreisen oder einfach nur durchreisen? Lassen sich in einer Zeit, in der jeder über Scanner-, Laser- und Computertechnologie verfügt, Fälschungen ausschließen? Immerhin ist ein gestohlener Fingerprintcode nicht so leicht ersetzbar wie eine verlorene Scheckkarte. □ V.Th.

TATORT



Schießen, Sport und Paragraphen pauken – die Ausbildung bei der Polizei ist hart: Vorbereitung für den Ernstfall am Tatort. Dana Toschner, Valentin Nann und Erol Gurian (Fotos) haben sich unter die Azubis der Polizeifachschule in Leipzig gemischt. ➔

30 Monate dauert die Ausbildung für den mittleren Polizeidienst in Sachsen. Direkt nach der Ausbildung geht es zu den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei



Proben für den Polizei-Alltag: Bei der Ausweiskontrolle ist Höflichkeit gefragt, bei der Festnahme schnelles Zupacken. Beide Situationen werden in Rollenspielen geübt



Bring mir sofort mein Radio zurück, du alter Penner, sonst komm' ich mit dem Messer!" Karin Rothe ist wütend, brüllt ihren Ex-Freund an, tritt ihn vor das Schienbein und schlägt ihm ins Gesicht. Er dreht sich um, geht fluchend weg und demoliert wütend die Scheinwerfer parkender Autos. Ein paar Leute stehen herum, sehen zu, einer filmt das Ganze sogar mit einer Videokamera. Aber keiner greift ein, niemand holt die Polizei.

Ausnahmsweise macht das nichts, denn Karin Rothe heißt in Wirklichkeit Jana Reichhardt, und der Streit war nur gespielt. Beim Kommunikations- und Verhaltenstraining spielen die Polizeischüler Situationen durch, die ihnen später im echten Polizistenleben begegnen können. Und der gespielte Streit war auch nur Nebensache: Lehrer Gert Wolkwitz will mit der Übung zeigen, dass Zeugenaussagen immer subjektiv sind und wenig verlässlich. Einige Schüler haben den Streit aus unterschiedlichen Entfernungen beobachtet, später werden sie von Klassenkameraden als Zeugen vernommen, und jeder erzählt eine andere Version. Der Streit auf dem Parkplatz habe zehn Minuten gedauert, vielleicht eine Viertelstunde, meinen die meisten. Doch das Video zeigt: Es war nur eine einzige Minute. Nicht allein auf Beschreibungen von Zeugen sollen sich die künftigen Polizeimeister verlassen, sondern auf objektive Spuren. „Zu jedem Blutstropfen gehört jemand, der sich geschnitten hat“, gibt der Oberkommissar-Lehrer eine seiner Polizei-Lebensweisheiten weiter.

Die Polizeimeisteranwärter und –anwärterinnen der Lehrgruppe 9/00-21 sitzen vor Gert Wolkwitz im Kreis, in grünen Einsatzanzügen und mit schweren schwarzen Boots an den Füßen.

Seit eineinhalb Jahren sind sie in der Ausbildung, die erste Hürde, die so genannte Laufbahnzwischenprüfung, haben alle gemeistert. Unter den 21 Schülern der Lehrgruppe sind sieben junge Frauen. Die derbe Uniform will zu ihren langen Haaren nicht so recht passen. Aber sie selbst sehen das anders. Sie wollen keine Extra-Wurst.

„Ich kann mich durchsetzen und mache die Klappe auf, wenn mir etwas nicht passt“, sagt Mandy Reichenberger. Sie hat ihre blonden Haare zum Zopf gebunden, die langen Fingernägel sind lackiert. Und trotzdem: Die Hände können zupacken. „Wer zur Polizei will, muss sich trauen, einen Menschen auch mal hart anzupacken, man muss sich wehren können. Und das kann ich.“

„Ich mache die Klappe auf, wenn mir was nicht passt“

Um auf die Polizeifachschule zu gehen, nimmt sie eine ganze Menge auf sich. Jeden Tag fährt die 24-Jährige von ihrem Wohnort Güsten in Sachsen-Anhalt eine Dreiviertelstunde mit dem Auto nach Leipzig in Sachsen. Und abends, nach neun Stunden Unterricht, geht's zurück.

Hätte Mandy Reichenberger nach dem Realschulabschluss nicht auf ihre Eltern gehört, die eine Lehre als Verwaltungsfachangestellte für zukunftssicherer und weniger gefährlich hielten, wäre sie wohl heute schon eine Polizistin: „Ich habe eine Lehre gemacht, ein Jahr gearbeitet und war danach arbeitslos“, erzählt sie. „Jetzt mache ich endlich, was ich schon immer wollte.“

Nach dem Ende der Ausbildung, wenn Mandy Polizeimeisterin ist und zwei grüne Sterne auf ihren Uniform-Schulterstücken tragen darf, will sie zurück nach Sachsen-Anhalt gehen.

Dass die Wirklichkeit unangenehmer werden wird, als es die Rollenspiele in der Ausbildung zeigen, ist der 24-Jährigen klar. Nach der Ausbildung wird jeder Schüler zwei bis drei Jahre in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei eingesetzt.

„Heute machen wir eine Belastungsübung“, weist Schießtrainer Frank Richter die Schüler ein. Zuerst geht es – mit der etwa sieben Kilo schweren Sicherungsweste am Körper und einer drei Kilo schweren Maschinenpistole in der Hand – im Schweinsgalopp zwei Runden durch das Parkhaus. Falk Müller und René Beinecke kommen keuchend und schwitzend zurück in den Übungsraum.

Sie streifen sich die kopfhörerartigen Ohrschützer über und beziehen Stellung hinter der ersten Holzwand. Die Wand verschafft ihnen Deckung, solange sie das Magazin einführen und die Waffe durchladen. Plötzlich taucht in 25 Meter Entfernung vor ihnen eine spärlich bekleidete junge Dame auf. Sexy Figur, pinkfarbener Slip, enges Top. James Bond hätte sicher seine Freude an ihr. Aber Falk und René eröffnen sofort das Feuer, denn die zauberhafte Erscheinung – eine an die Wand geworfene Diaprojektion – hat die Waffe auf sie gerichtet.

Im Schweinsgalopp durch das Parkhaus

Die Einschüsse hinterlassen gelb leuchtende Punkte in den Körpern der jungen Dame und ihres abwechselnd auftauchenden männlichen Komplizen. Patronenhülsen fliegen kreuz und quer durch den Raum. In der Luft hängt ein strenger Geruch, irgendwo zwischen Dampflok und Wunderkerzen.

Nach 16 Schuss ist das erste Magazin leer. Ein kurzes Kommando von René an Falk, die beiden rücken näher heran und postieren sich hinter der nächsten Holzwand. Diesmal sollen sie das Ziel aus knieender Position treffen. Wieder peitschen die Schüsse aus der MG. „Höher, höher“, kommt scharf das Kommando von Polizeihauptmeister Richter. Am Ende des Trainings hat die Gruppe mehr als 2000 Patronen verschossen.

Mit seiner Leistung beim Schießtraining ist Falk nicht zufrieden. Dass er zu niedrig gezielt hat, ärgert ihn. Der 21-Jährige ist ehrgeizig. Nach dem Ende seiner Ausbildung möchte Falk in die so genannte Beweis- und Festnahmeeinheit (BFE) der Bereitschaftspolizei. Das sind die Beamten, die auf Demonstrationen an vorderster Front stehen und „die Rädelführer herauslösen“, wie es im Polizeijargon heißt. „Dort wird körperlich noch mehr verlangt.“

Wie fit er ist, kann Falk auch am nächsten Vormittag zeigen. Nach zwei Stunden Informations- und Kommunikationstechnik im Computerraum steht Selbstverteidigung auf dem Stundenplan. Liegestütze, Kopfstand und Dehnungsübungen zum Aufwärmen sind für Falk Müller und Mandy Reichenberger kein Problem. Dann geht's richtig zur Sache. Mandy und Falk schnüren die Gürtel ihrer Judo-Jacken fester. Gemeinsam sollen sie versuchen, den Gegner, einen ihrer Mitschüler, von der



Aller Anfang ist schwer: die Polizeischüler gehen zwar gekonnt in Stellung und reagieren schnell – doch wie man sieht: Nicht jeder Schuss ist ein Treffer





Durch Kampfsport lernen die Schüler, die im Alltag nötige Spannung aufrechtzuerhalten – auch wenn das am Ende eines langen Tages manchmal schwerfällt

Bauchlage in die Rückenlage zu drehen. Doch der wehrt sich, macht sich schwer, presst die Ellenbogen eng an den Körper. Falk keucht, auf seinem solariumgebräunten Gesicht bilden sich Schweißperlen. Gemeinsam mit Mandy versucht er, den Gegner hochzuheben, doch der lässt sich nichts gefallen. Er kämpft, strampelt und plumpst schließlich zurück auf die Matte. Immer noch in Bauchlage.

Falk und Mandy lassen nicht locker. Später, im richtigen Einsatz, werden sie statt des Mitschülers vielleicht einen Hooligan vor sich haben. Beim Training schaffen sie es: auf den Rücken drehen, Arme zusammen, Handschellen um die Gelenke schließen und abführen. Noch einmal und noch einmal wiederholen sie die Übung. So lange, bis Trainer Reiner Hartmann zufrieden ist. „Das muss sitzen“, sagt er, „wer auf dem Bauch liegt, kann sich hochdrücken und weglaufen. Aus der Rückenlage geht das nicht, da habt ihr ihn unter Kontrolle.“

Damit die künftigen Polizisten wissen, wie weit sie im Ernstfall gehen dürfen und welche Rechte im Gesetz verankert sind, pauken sie am Nachmittag Paragraphen. In der zweieinhalbjährigen Ausbildung entfallen auf die Rechtsfächer immerhin fast 20 Prozent der Unterrichtseinheiten.

In der vorletzten Stunde kriecht die Müdigkeit durch die Reihen des Klassenzimmers. Gesellschaftslehre. Heute geht's um den Islam. Die Köpfe auf die Hände gestützt, folgen die Schüler mühevoll den Ausführun-

gen von Lehrer und Schuldirektor Horst Riedel. Hier und da ein unterdrücktes Gähnen. Der Direktor hat Verständnis: „Die Schüler sind hochmotiviert, aber manchmal können sie einfach nicht mehr.“ Er gibt ihnen die letzte Stunde frei. „Aber nur ausnahmsweise.“ □

info

Ausbildung bei der Polizei

www.polizei.de

Offizielle Seite der deutschen Polizei, mit Links zu den Internetseiten der Polizei in den einzelnen Bundesländern. Dort gibt es dann jeweils nähere Informationen und Ansprechpartner zur Ausbildung.

www.unicum.de/abi/a-05-00/as2-0500.htm

Artikel aus dem Magazin „Unicum“ über die Ausbildung bei der Polizei

Weitere Infos gibt es auf den Internetseiten des Arbeitsamtes:

www.arbeitsamt.de/hst/services/bsw/information/index.html

Oliver Meyer: „Man weiß nie, was auf einen zukommt“

Was junge Polizisten bei Großeinsätzen erleben, wenn sie ihren demonstrierenden Altersgenossen gegenüberstehen.

Demonstranten von den Gleisen zu tragen, „das ist nicht ganz leicht“, sagt Oliver Meyer, weil sie sich schwer machen. Inzwischen hat er schon mehrere Castor-Atommülltransporte begleitet. Da entwickle man eine gewisse Technik: Es braucht zwei Polizisten für einen Demonstranten. „Jeder nimmt einen Arm und ein Bein.“ Nur wenn sie sich wehren, dann benutzen die Beamten den „Fesselgriff“.

„Normale Sitzblockaden sind legitim“, findet Oliver Meyer. Und wenn die Demonstranten „Haut abl!“ rufen, dann „nehmen wir das nicht persönlich und machen unsere Arbeit“. Aber die Proteste laufen nicht immer gewaltfrei ab. Eigentlich müssten Polizisten auch in diesen Situationen wie Maschinen funktionieren, sagt er, doch wenn sie angegriffen würden, dann komme auch bei ihnen ein „gewisser Ärger“ hoch. Deshalb fährt der Polizist mit „gemischten Gefühlen“ zu solchen Einsätzen. „Man weiß nie, was auf einen zukommt“, sagt er. „Wir stehen in der Mitte“ zwischen dem Atommüll und den Demonstranten. „Es ist egal, ob wir das gut finden, dafür oder dagegen sind“.



Ihren ersten Einsatz bei einem Castor-Transport hatte Sylvia Deitmer 1995. Mit dabei im Portemonnaie der damals 21-Jährigen ein kleiner Zettel von ihrer Familie: „Wir sind erst wieder glücklich, wenn du zu Hause bist.“ Sylvia Deitmer stammt aus dem Münsterland. 30 Kilometer vor der Haustür der Eltern, in Ahaus, befindet sich ein Zwischenlager für radioaktive Brennelemente. Als Privatperson kann sie die Ängste der Anwohner und die Wut mancher Demonstranten gut verstehen.

Aber all das ist vergessen, wenn sie Umweltschützer und protestierende Anwohner von den Bahndämmen drängt oder Demonstranten von den Gleisen trägt. Dann ist sie Polizeibeamtin und nicht die „normale“ Sylvia.

„Wer private Gedanken mit in den Job nimmt, kommt auf Dauer in diesem Beruf nicht klar“, weiß sie nach elf Jahren Polizeiarbeit.

Für Polizeioberrmeisterin Deitmer kommt es darauf an, die Spielregeln einzuhalten. Bei einem Großeinsatz wie in Gorleben zehrt

schon die Routinearbeit an den Nerven. „Wenn ich fünfzig oder hundert Mal sagen muss: ‚Verlassen Sie bitte das Gelände!‘ und das nichts bringt, ändert sich irgendwann der Umgangston. Gerade ich dann an einen einsichtigen Demonstranten, bei dem der normale Tonfall genügen würde, sehe ich das nicht mehr“, berichtet sie selbstkritisch. Irgendwann setze eine Art Schubladendenken ein – bei Polizisten und bei Demonstranten. □

Mathias Begalke / Ute Schröder



Mit allen Mitteln versuchen die Demonstranten, die Castor-Transporte zu stoppen. Einer hat sich an die Schienen gekettet, der Polizist greift zum „Leatherman“, um ihn zu „befreien“

GEGEN GEWALT

Wie ein 16-Jähriger Streit schlichtet

„Ruck, zuck ist die Fresse dick.“ José Cantinha hat als Streitschlichter mit seinen Mitschülern zu tun. Lästereien und Beschimpfungen stehen auf der Tagesordnung.

Wenn Mädchen sich schlagen, ist das richtig krass. Da wird gekratzt, da wird gebissen, da werden Kleidungsstücke zerrissen. Da fließt Blut.“ Bei Jungen seien die Schlägereien fast immer harmloser, könnten aber gefährlich ausarten: „Schläge“, „Tritte“, „rohe Gewalt“.

Der 16-jährige José Cantinha ist Schüler-Streitschlichter an einer Katholischen Hauptschule in Köln. Ganz gelassen – fast ohne eine Miene zu verziehen – sagt er: „Wenn zwei auf dem Pausenhof einen Kampf anfangen, springe ich schon mal dazwischen.“ Meist seien die Streitenden so überrascht, dass sofort Schluss mit ihrer Auseinandersetzung sei: „Hallo, ich bin José und gehe in die Klasse 10b. Ich und mein Kollege sind hier, um euch zu helfen, eine Lösung für euer Problem zu finden. Also: Was ist passiert?“ Gemeinsam mit seinem Klassenkameraden Christian Kuban (15) hat er schon mehr als fünfzig Schlichtungsgespräche so begonnen.

José: „Wenn zwei Schüler Streit haben, können sie ein Gespräch beantragen. Auch die Lehrer können eine Schlichtung vorschlagen.“ Dann werde ein Termin ausgemacht: Die Streitschlichter an der Hauptschule haben am Montag und Freitag je eine Sprechstunde zur Unterrichtszeit. Zunächst einmal wird ganz offiziell ein so genanntes „Schlichtungsformular“ ausgefüllt: „Konfliktpartei A“, „Konfliktpartei B“, Name der Schlichter und das Datum. Danach geht es ab ins Schlichtungszimmer – eigentlich der Musikraum.

Die Streitparteien sitzen sich am selben Tisch schräg gegenüber, so dass Blickkontakt möglich ist, sie aber gleichzeitig räumlich ge-

trennt sind. „Jetzt können die beiden Streitenden ihren Standpunkt nacheinander vortragen“, erklärt José. „In der Ich-Form und ohne sich gegenseitig zu unterbrechen.“ Oft sei viel Durchsetzungsvermögen zur Einhaltung dieser Regeln nötig. Ihren Job als Streitschlichter haben José und Christian deshalb

ein Jahr lang zwei Stunden pro Woche im Wahlpflichtunterricht gelernt – dafür mussten sie auf Sport verzichten. José: „Da haben wir die möglichen Situationen durchgespielt und gelernt, wie wir reagieren müssen.“

Zur Ausrüstung gehört eine Packung Taschentücher

Zur Ausrüstung der Streitschlichter gehört seitdem auch eine Packung Taschentücher, erzählt er mit einem kleinen Grinsen: „falls es wieder einmal Tränen gibt“.

Lästereien und Beschimpfungen seien am häufigsten Thema der Schlichtungsgespräche. Gelästert werde meistens über Kleidung, Frisuren und Aussehen – „hinter dem Rücken des anderen“. Doch José sagt: „Du kannst auf dem Schulhof nichts Fieses über jemanden sagen, ohne dass er davon erfährt.“ In diesen Fällen gebe es fast immer Zeugen, die helfen könnten, den Fall zu rekonstruieren. Zuerst fordern Christian und er die Streitenden auf, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Wenn das nicht funktioniert, machen sie einen Vorschlag: zum Beispiel eine kleine Strafe für den „Schuldigen“. Beide Parteien müssen die Lösung akzeptieren und auf dem Schlichtungsformular unterschreiben – sonst gilt sie nicht. José zuckt ratlos mit den Schultern: „Wenn die Schlichtung einmal scheitert, bitten wir die Betroffenen, sich künftig erst einmal aus dem Weg zu gehen.“ Sein schlimmster Fall verschlägt dem 16-Jährigen ein wenig die Stimme. Vor einem Jahr sei es einmal um sexuelle Belästigung gegangen. Ei-



Vereint gegen die Gewalt: José Cantinha (16) und Christian Kuban (15) bilden das Streitschlichter-Team an der Kölner Hauptschule

nige Jungen aus den mittleren Klassen hätten „Mädchen begripscht“: „Dieser Fall war so schwierig, da standen wir als Schlichter von Anfang an unter der Aufsicht unserer Betreuungslehrerin.“

Außer einem hätten alle nach der Schlichtung mit der Belästigung aufgehört. Dieser Schüler machte weiter – und musste sich der Schulkonferenz stellen. José erklärt: „Da konnten wir auch nichts mehr machen.“ Man müsse wissen, wann nichts mehr zu retten sei. Der Streitschlichter schaut ein wenig verlegen zu Boden. Dann fängt José sich wieder, wechselt schlagartig das Thema. Großen Spaß mache es ihm, Streitereien an der benachbarten

Grundschule zu schlichten. Er lacht. „Die denken oft, wir wären ganz mächtige Richter und bekommen vor Ehrfurcht am Anfang den Mund gar nicht auf.“ Er findet es gut, dass auch die Grundschüler mit den Schlichtern zu tun haben. Umso früher lernten sie, mit Konflikten sachlich und bedacht umzugehen.

Ablehnen würde er es, einen Fall zu schlichten, in den einer seiner Freunde verwickelt ist: „Ich will immer unparteiisch sein.“ Nur wird das immer schwieriger: „Seit ich Streitschlichter bin, lerne ich ständig neue Leute kennen.“ Er habe inzwischen viel mehr Freunde an der Schule als früher. □

Tobias Peter

info

Wie wehre ich mich gegen Angriffe?

Noch schaut keiner der Fahrgäste auf den Eintretenden, der sich offenbar unbeteiligt umblickt. Blitzschnell holt er ein Butterfly-Messer aus der Hosentasche: „Knete her!“ – „Lassen sie den Mann in Frieden!“ ruft eine Frau. Gemurmel kocht hoch. Das Opfer versucht erfolglos dem Räuber die Waffe aus der Hand zu schlagen. Jemand kreischt „Notbremse!“... Ende der Szene.

Alles nur Spiel – aber keiner hat Spaß daran. Die Akteure steigen aus der gedachten S-Bahn: der „Täter“ Reinhard Kautz, Kriminalhauptkommissar, und sein „Opfer“ Theo Bauer, – und beide atmen auf. Das Rollenspiel ist Teil des Seminars zum Umgang mit Gewalt, zu dem die Emmaus-Ölberg-Gemeinde in Berlin Kreuzberg eingeladen hat. So wie die rund 50 an diesem Abend haben sich schon über 27.000 in der ganzen Bundesrepublik angehört, was der Berliner Kriminalist aus all seinen Begegnungen mit Tätern und Opfern, aus Statistiken und psychologischen Forschungen zu einem Konzept zusammengefügt hat.

Was hat Theo, das „Opfer“, gefühlt? „Ich habe so verblissen wie möglich versucht, die drohende Gefahr zu ignorieren. Aber ich habe sie auf mich zukommen sehen, schon lange vor dem Messer, schon lange vor dem ersten Wort.“ Um diesen Zeitraum zwischen dem

ersten unguuten Gefühl und der eigentlichen Tat geht es dem Gewaltexperten Kautz vorrangig. In diesen Minuten oder auch nur Sekunden werden die „Regeln“ festgelegt: Übernimmt der Täter die Kontrolle oder hat das Opfer eine Chance, dem Angreifer das Heft aus der Hand zu nehmen?

Der Kriminalist hat Ratschläge parat, aber keine Patentrezepte: „Der Täter sucht Opfer, keine Gegner. Nutzen Sie die Augenblicke, in denen er noch überlegt, ob Sie als Opfer tauglich sind. Machen Sie die Bedrohung öffentlich. Sagen Sie so laut wie möglich: 'Ich will das nicht'. Schreien und kreischen Sie, wo nötig.“

Doch nahezu alle in dieser Runde sind sich einig: Es braucht viel Courage, laut zu werden, sein „ungutes Gefühl“ entgegen aller Peinlichkeit publik zu machen. Es könnte ja sein, es wäre gar nichts passiert. Und wie steht man dann da? Warum hat die denn so hysterisch gebrüllt? Warum hat der denn gleich die Notbremse gezogen?

Auch der Anti-Gewalt-Experte warnt vor Überreaktion: Courage dürfe keine Tapferkeit sein, die den Tapferen selbst zu zerstören droht. Courage, wo sie nützen soll, heißt, die eigene Angst zuzulassen, zu fühlen und sie herauszuschreien. □

Marlies Heinz

GEGEN GEWALT ➔

Wie in Schwerin Überwachungskameras gegen Schüler-Vandalen helfen sollen

Mecklenburg-Vorpommern: Um Freizeit-Vandalen und Graffiti-Sprayern das Handwerk zu legen, werden zwei Schulen in Schwerin per Video überwacht. Nicht ohne Kritik.

Zum Kotzen! Ich habe echt überlegt, ob ich nicht die Schule wechseln soll!" Der 15-Jährige, der seinen Namen nicht nennen will, ist sauer. Sauer auf die Videokameras, die seit einigen Wochen nachts den Schulhof der Erich-Kästner-Schule in Schwerin überwachen.

Das so genannte erste Schulsicherheitskonzept in Mecklenburg-Vorpommern will Freizeit-Vandalen und Graffiti-Sprayern das Handwerk legen. Denn die Sachbeschädigung nimmt zu, an manchen Schulen entsteht im Jahr ein Schaden von über 10 000 Euro.

Mit einer Alarmanlage konnte man zwar etwas gegen Einbrüche in die Erich-Kästner-Schule tun, aber gegen Vandalismus war man bisher machtlos, wie der stellvertretende Schulleiter Ronald Grimm erklärt. Deshalb: Big Brother auf dem Schulhof. Abends und nachts, immer wenn die Schule abgeschlossen ist und die Bewegungsmelder anschlagen, wird aufgezeichnet. Fünf Kameras sind in Bereitschaft. Tut sich was, gehen die Scheinwerfer an. Stellt sich am Morgen heraus, dass nur eine Katze die Mülltonne geplündert hat, wird das Band gelöscht.

Ein anderer Fall ist bislang nicht eingetreten: „Seit die Videoanlage installiert ist, gibt es keine neuen Beschädigungen“, freut sich Britta Raabe, Sprecherin beim Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, das die

Aktion mit ins Leben gerufen hat. Für ein endgültiges Fazit sei es jedoch zu früh. Statt dessen wird seit Februar eine zweite Schule in Schwerin per Videotechnik überwacht: die Erich-Weinert-Oberschule.

Werner Kessel, Datenschutzbeauftragter des Landes, ist darüber alles andere als glücklich: Er kann den Frust des Schülers verstehen. „Jede Kamera ist ein Schritt hin zur flächendeckenden Überwachung. Und damit zum Überwachungsstaat“, meint er. „Es ist wichtig, den Sinn solcher Maßnahmen zu hinterfragen. Ich habe erhebliche Zweifel, ob es keine anderen Möglichkeiten

gibt, eine Schule vor Vandalismus zu bewahren.“ Aber: Das Hausrecht lässt derartige Methoden zu. „Ich habe keine rechtlichen Möglichkeiten, dagegen einzuschreiten“, beklagt Kessel.

Die Initiatoren:

„Seit die Kamera läuft, gibt es keine neuen Beschädigungen“

Der Kritiker:

„Jede Kamera ist ein Schritt hin zum Überwachungsstaat“

Das gilt auch für den kritischen und namenlosen Schüler. Auch er hat sich schließlich mit den Kameras arrangiert: „Es wird ja nur nachts gefilmt“, meint er achselzuckend. „Und so gibt es zumindest keine Beweise dafür, dass wir am Tage heimlich rauchen.“ □

Thomas Luczak

Big Brother in Schwerin? Selbst wenn die Kameras nur nachts angeschaltet werden, sind sie auch tagsüber immer präsent



Schmierereien und aufgeschlitzte Sitze: In jedem Fall kosten die Spuren, die Randalierer in Bussen und Bahnen hinterlassen, eine Stange Geld. In Bochum gibt es dazu ein neues Projekt

Wie in Bochum Schüler gegen Bus-Randale ihrer Mitschüler einschreiten

„Cool bleiben“, heißt die Devise der Jugendlichen, die das Bochumer Verkehrsunternehmen als Fahrzeugbegleiter einsetzt.

Fensterscheiben zerkratzt, Sitzpolster aufgeschlitzt: Auch in Gelsenkirchen und Bochum wurden Busse und Bahnen alles andere als liebevoll behandelt. Hinzu kamen Klagen von Eltern und Lehrern: Schüler machten sich einen Spaß daraus, jüngere oder schwächere Mitschüler am Aussteigen zu hindern. So entstand die Idee, Schüler auszubilden als Fahrzeugbegleiter: Wie schlichtet man erfolgreich einen Streit? Wie kann man Mitschüler stoppen, die sich im Bus eine Zigarette anzünden wollen oder den Namen ihrer Angebeteten in die Fensterscheibe ritzen? Trainer des Verkehrsunternehmens vermitteln seit drei Jahren Hintergrund und praktisches Handwerkszeug zum Streitschlichten. „Cool bleiben“ heißt die Devise.

Zum Abschluss des Kurses erhalten die Teilnehmer einen Ausweis, der sie als offizielle Fahrzeugbegleiter erkennbar macht: Ein eingeschweißtes Plastikkärtchen an einer Ket-

te, die die Schülerinnen und Schüler um den Hals tragen können. „Es bringt einfach mehr, wenn Gleichaltrige sich einschalten“, meint Ernst Nieland vom Verkehrsunternehmen.

Die ehrenamtlichen Helfer sollen allerdings kein Sicherheitspersonal ersetzen. Sie können, müssen aber nicht aktiv werden, wenn andere randalieren. „Wenn sie das Gefühl haben, dass sie in Gefahr kommen könnten, sollen sie nicht einschreiten“, sagt Nieland.

Nach drei Jahren steht für die Erfinder fest: Das System hat sich bewährt. Elf Schulen aus dem Einzugsbereich machen bereits regelmäßig mit. Immer der achte Jahrgang bekommt die Chance: 20 Schüler können den Kurs besuchen, erhalten den Ausweis – und können bis zum Ende ihrer Schulzeit aktiv bleiben. Mehr als 300 Schüler sind mit dem Kärtchen unterwegs. □

Mechthild vom Büchel

HACKER

Wie sicher ist das Internet?

Wer hat Zugriff auf welche Daten? Kann man sich überhaupt schützen? Michael Bechtel und Geert Meyenburg haben sich bei Hackern, Usern und Sicherheitsbehörden umgehört.

Die 16-jährige Lisa hat sich vor ihren PC gesetzt und das Schild „Off Limits – Kein Zutritt für Eltern“ an die Tür gehängt. Sie startet den Rechner, ein paar Mausklicks, ein paar Eingaben in die Tastatur – schon ist sie mitten im virtuellen Geschehen: Sie chattet. Eine aufregende Sache, denn Lisa schlüpft dabei in eine neue Haut. Jetzt ist sie „Xenia“, ein 20-jähriger Vamp mit langen Haaren und noch längeren Beinen, der den Jungs mit lässigen Sprüchen den Kopf verdreht...

Anonym im Internet agieren – eine reizvolle Vorstellung. Um so schlimmer, wenn diese Illusion schlagartig zerstört wird. „Ich sehe, was auf deinem Rechner ist“, heißt es plötzlich im Chat. Oder das CD-ROM-Laufwerk geht ohne erkennbaren Grund auf

Die Wahrscheinlichkeit wächst, Hacker-Opfer zu werden

und zu. Das sind die harmloseren Dinge. Schlimmer: Die Telefonrechnung schnell auf mehrere tausend Euro hoch. Jemand hat die Einwahlnummer gegen eine 0190er-Nummer getauscht. Oder auf dem Kontoauszug der Bank erscheinen nie getätigte Überweisungen. Programme werden unbrauchbar, die Installation ist hinüber. Denn: Die weltweite Vernetzung nimmt zu, auf fast allen Rechnern läuft die gleiche Standard-Software. Da wächst die Wahrscheinlichkeit, irgendwann Opfer zu werden. Muss es unter Millionen Surfern gerade mich treffen? Muss es nicht, aber der Fortschritt lässt die Gefahr näher rücken. Java, ActiveX, Flash und Co. machen das Internet bunter und spannender. Damit werden aber immer mehr Prozesse auf dem PC vom Internet aus gesteuert. Fremde

Menschen bekommen leicht Zugriff: Die Tools gibt es fertig im Internet.

Wer seinen PC ans Internet hängt, kann Schaden erleiden. Sich technisch zu schützen, verringert das Risiko – ausschalten lässt es sich nicht. Heerscharen von Spezialisten arbeiten an besseren Firewalls, Virenschutz-Programmen und raffinierterer Kryptographie-Software. Ihre Arbeit gleicht dem Wettlauf des Hasen mit dem Igel: Wenn die Sicherheitstechniker am Ziel sind, ist der Hacker schon da.

Zum Datenaustausch über Internet werden die Informationen in kleine Datenpäckchen verpackt und mit der Adresse des Zielcomputers auf die Reise geschickt. Die Datenpakete können verschiedenste Wege um den Erdball nehmen bis ans Ziel. Wer einen Internet-Server betreibt, kann mit so genannten Paket-Sniffern mitlesen, aber niemanden gezielt ausspähen. Was er mitbekommt, ist rein zufällig.

Um Mitlesen zu verhindern, lässt sich die Verbindung zwischen den Rechnern verschlüsseln, zum Beispiel mit der von ➔

HATZ



Viele Hacker der ersten Stunde arbeiten mittlerweile auf der anderen Seite: Firmen, die ausspioniert wurden, beschäftigen die Angreifer oft in ihrer Sicherheitsabteilung

HACKER HATZ ➔

info

Wie schütze ich mich im Internet?

1. Die Software sollte sicher sein: Regelmäßig im Netz bei Herstellern und auf den Seiten von Computerzeitschriften nach Patches suchen, die erkannte Sicherheitslücken schließen.
2. Manche Programme nehmen von sich aus Kontakt mit Internet-Seiten auf. Das sollte man unterbinden.
3. Browser und E-Mail-Programm auf Sicherheit testen. Die Computerzeitschrift c't bietet einen kostenlosen Test: www.heise.de/ct/antivirus/browsercheck und www.heise.de/ct/antivirus/emailcheck.
4. Ein Antiviren-Programm, das speicherresistent im Hintergrund wacht, ist ein Muss. Es prüft alle Daten, die hereinkommen.
5. Das Virenprogramm sollte mit dem E-Mail-Programm verknüpft sein – die gefährlichsten Viren wurden über E-Mail-Anhänge verbreitet.
6. Wer wichtige Dinge per Mail austauscht, sollte sich ein Verschlüsselungsprogramm anschaffen.
7. Das Ausfüllen von Formularen auf Websites vermeiden – man gibt E-Mail-Adresse und oft weitere Informationen preis.
8. Eine Firewall ist empfehlenswert, die verdächtige Daten von außen abwehrt. Es muss aber genau eingestellt werden, was hineindarf und was nicht.

Ausführliche Infos gibt es unter www.bsi.de und www.sicherheit-im-internet.de

Netscape entwickelten Secure Socket Layer (SSL). Der Nutzer erkennt eine SSL-Verbindung an der Adresse (https://). Zertifikat und Schloss-Symbol am unteren Bildschirmrand weisen auf die sichere Verbindung hin.

Elektronische Spuren hinterlässt der Surfer mit seiner IP-Adresse. Die bekommt der PC automatisch, sobald er sich beim Provider einwählt. Sie ist jedes Mal anders, bleibt aber während der Internetsitzung gleich. Die besuchten Websites speichern IP-Adresse, Uhrzeit, aufgerufene Websites, von wo der Besucher kam, welchen Browser und welches Betriebssystem er nutzt. So lässt sich die Attraktivität verschiedener Inhalte feststellen und das Nutzerprofil eines anonymen Surfers erstellen. Durchbrochen wird die Anonymität, sobald der Besucher E-Mail-Adresse oder Kreditkartennummer preisgibt.

Um Besucher beim nächsten Anklopfen wiederzuerkennen, gibt es Cookies (engl. Kekse). Sie werden auf der Festplatte des Besuchers (cookies.txt) abgelegt. Darin steht die ausgebende Website, ein beliebiger Inhalt und ein Datum, nach dessen Ablauf der Browser Cookies löscht. Mit Cookies können zum Beispiel Shop-Systeme ausgewählte Artikel bis zur Bestellung speichern. Die Festplatte lässt sich damit nicht ausspionieren oder manipulieren.

Mehr Informationen über Surfer-Gewohnheiten liefern Web-Wanzen („Web Bugs“). Das sind in Websites versteckte winzige Grafiken, die nur dem Ausspionieren der Besucher dienen. Bei jedem Seitenabruf sendet der Web Bug die IP-Adresse und die Adresse der besuchten Seite an einem fremden Server. Online-Werbe-Firmen setzen Web Bugs systematisch ein, um die Wege von Internetnutzern über mehrere Websites hinweg zu ermitteln.

Eine andere Möglichkeit: Data Spills („Daten-Überlauf“) sind in Online-Formulare eingefügte Miniprogramme. Sie bewirken, dass die eingegebenen Daten wie z.B. E-Mail-Adressen nicht nur beim eigentlichen Adres-

saten, sondern auch beim Online-Werber landen. So etwas ist in Deutschland verboten, in anderen Ländern nicht. Deshalb: Auf ausländischen Sites besonders vorsichtig mit persönlichen Daten umgehen.

Informationen sammeln ist eine Sache – einen fremden Rechner manipulieren eine ganz andere. „Um Zugang zum Rechner eines anderen zu bekommen, muss man dort ein entsprechendes Programm installieren“ erklärt Stefan Wolf, Sicherheitsexperte beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Bonn.

Vorsicht bei ausländischen Sites mit persönlichen Daten

Es gibt viele Möglichkeiten für Angriffe. Schlampig programmierte Software kann Angreifern die Tür öffnen. Der Eindringling provoziert zum Beispiel einen Pufferüberlauf: Wo ein bestimmter Platz für eine Variable reserviert ist, wird diese mit einem längeren Wert überschrieben. Das bringt den Rechner zum Absturz. Eine andere Möglichkeit: Mit bewusst fehlerhaften Daten kann der Parser lahmgelegt werden, der die eingehenden Signale interpretiert. Solchen Angriffen sind überwiegend Server ausgesetzt, weniger private PCs. Der private Anwender schlägt sich mehr mit anderem „Ungeziefer“ herum:

Viren heißen die kleinen Programme, die alles Mögliche anstellen – vom Schabernack über Spionage bis hin zu Schäden an Programm und Hardware. Die ältesten Viren kopierten sich in *.COM oder *.EXE-Dateien. Eine andere Art, die „Boot-Viren“, befällt nicht einzelne Dateien, sondern den Startbereich. So werden sie bei jedem Start automatisch geladen. Um nicht in der Auflistung der Prozesse oder Dienste eines Systems aufzutauchen, tarnen sich manche Viren durch unauffällige Namen. Andere manipulieren das Betriebssystem so, dass sie nicht angezeigt werden („Stealth-Viren“).

Eine andere Tarn-Methode: Der Virus verändert ständig seine Gestalt („polymorphe Viren“). Virens Scanner haben es mit ihnen schwerer. „Retroviren“ gehen noch weiter: Sie greifen das Virenschutzprogramm an, ➔



Das Internet wird immer schneller und damit auch gefährlicher: Denn viele User verzichten auf Sicherheitsvorkehrungen, um die Geschwindigkeit ihrer Datenleitung nicht zu bremsen



info

Hacker-Ethik

„Hacken ist kein Verbrechen“ sagt der Chaos Computer Club (CCC). Die Gesetzgebung sieht das anders: Die Cybercrime-Konvention des Europarats, der sich Deutschland angeschlossen hat, verbietet nicht nur Hackerwerkzeuge, sondern auch die Verbreitung von Informationen darüber. Seit 2001 ist Hacken auch in den USA strafbar. Wer sich an Behörden vergreift, gilt sogar als Terrorist.

Nach einer Studie des amerikanischen Sicherheitsunternehmens Riptech wollen die meisten Hacker ihren Opfern nicht schaden. Sie haben den Ehrgeiz, das Sicherheitssystem von Unternehmen oder Behörden zu knacken. Sind sie drin, weisen sie meist nur auf die Sicherheitslücke hin. So dienen sie als kostenlose Sicherheitsinspektoren.

Aber nicht jeder, der sich Hacker nennt, ist auch einer. Der „Chaos Computer Club“ hat eine „Hacker-Ethik“ aufgestellt: „Alle Informationen sind frei“, „Misstrau Autoritäten, fördere Dezentralisierung“, „Mülle nicht in den Daten eines anderen“ und „Öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen“.

„Cracker“ nennt man diejenigen, die nur hacken, um zu schnüffeln, zu schmarotzen und zu zerstören. Richtige Hacker vergleichen sie mit Leuten, die sich KFZ-Mechaniker nennen, weil sie ein Auto kurzschließen können.

Das schlimmste Schimpfwort für einen Hacker ist „Script-Kiddie“. Der Name unterstellt, dass der Hacker gar nicht programmieren kann und sich lediglich fertige Hackutensilien als Script aus dem Internet herunterlädt.

HACKER HATZ ➔

„Wir leben in einem Zeitalter, in dem ein Cyberterrorist mit einem Keyboard und einem Modem genau so viel anstellen kann wie mit einer Bombe.“
John Edwards,
US-Senator

um es zu manipulieren. Relativ neu sind „Makro-Viren“. Moderne Software lässt das Abspeichern von in einer Hochsprache definierten Befehlen in der Datei zu, zum Beispiel eine Feldfunktion in einem Word-Dokument, die automatisch das aktuelle Datum einfügt. Ein Virus, der in einer Makrosprache geschrieben ist, kann in einem Bild oder einem Text versteckt werden. Öffnet der Benutzer das Dokument, werden die Befehle meist ohne Rückfrage ausgeführt. Am häufigsten sind Microsoft Office-Dokumente befallen. Es gibt aber auch PDF-Viren, Corel Draw-Makroviren, PostSkript-Viren – sogar in einem JPEG-Bild lässt sich ein Virus oder Wurm platzieren.

Würmer machen dasselbe, verbreiten sich aber anders. Sie suchen oder öffnen Datenverbindungen zu fremden Systemen. Dann kopieren sie sich über diese auf andere Rechner. Der berühmte Wurm „I Love You“ wurde als E-Mail-Anhang verschickt. Es nistete sich im Windows-System ein und verschickte sich anschließend per E-Mail an alle Adressen im Outlook Express-Adressbuch des Benutzers.

Trojanische Pferde holt sich der ahnungslose Surfer mit Bildschirmschonern, Sex-Bildchen oder Spielen auf die Platte. Auch böartige Sites schaufeln mit Hilfe von JavaScript- oder ActiveX-Programmen neben der gewünschten Seite solche Programme auf den PC. Trojanische Pferde können Schäden anrichten wie Viren oder Würmer. Oft wollen sie aber eine Hintertür auf dem PC einrichten (Programme wie Back Orifice 2000, NetBus Pro oder SubSeven). Über die kann der Angreifer auf das System zugreifen, sobald es online ist. Der Trojaner läuft ständig im Hintergrund. Er kann Tastaturfolgen aufzeichnen, Bildschirmfotos anfertigen, Kennwörter auslesen und Dateien manipulieren oder austauschen.

Im Kampf gegen die Computerkriminalität gehen die Meinungen auseinander. Die Amerikaner wollen Spezialeinheiten unter dem Projektnamen CHIP (Computer Hacking and Intellectual Property) aufbieten. Sicherheitsexperten wie Richard A. Clarke warnen: Koordinierte Angriffe auf das Finanzsystem durch Manipulation von Börsen-Rechnern, auf die Computer von Stromversorgern, Notfallzentra-



Bis 2005 werden 70 Prozent aller Deutschen das Internet nutzen. 61.000 Computer-Viren sind den Experten heute bekannt, jeden Monat kommen 500 neue dazu

len und Militärstützpunkten, auf das Telefonsystem und so auf den Online-Datenverkehr selbst seien denkbar.

Auch in Deutschland machen sich Regierungsexperten Sorgen. In einer vertraulichen Studie warnten sie laut „Spiegel“: Mit gezielten Attacken lasse sich das öffentliche Leben lahm legen. Versorgungs- und Kommunikationsanlagen, Strom-, Gas- und Ölversorgung seien gefährdet. Mehr Geld für Schutztechnologie müsse her. Eine neue Behörde soll Frühwarn-Systeme aufbauen und Notfallpläne erarbeiten. □

...mehr zum Thema bei
fluter.de

Hansjürgen Garstka: „... nicht ins Blaue hinein ermitteln“

Der Staat darf zu viele Daten erheben, kritisiert der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Datenschutz – was heißt das?

Der Staat darf Daten von Bürgern nur dann erheben, wenn er begründen kann, warum er das tut. Der Bürger soll selbst entscheiden, wem welche Daten weitergegeben werden.

Und das sehen Sie bedroht?

Die Grenzen werden aufgeweicht. So darf das Bundeskriminalamt künftig Daten erheben, ohne dass ein konkreter Verdacht besteht, dass eine Straftat begangen worden ist. Die Nachrichtendienste erhalten zusätzliche Befugnisse: Künftig werden Banken, Versicherungen, Post, Luftverkehrsunternehmen verpflichtet, gegenüber den Diensten Angaben zu machen. Das gab es bisher nicht, das geschah auf freiwilliger Basis. Auch Internetanbieter müssen dem Verfassungsschutz An-

gaben darüber machen, wer welche Dienste benutzt hat.

Aber wie soll man heutzutage Terroristen bekommen?

Das ist das große Dilemma nach dem 11. September. Wir gehen von dem rechtsstaatlichen Prinzip aus, dass die Behörden dann tätig werden, wenn sie einen konkreten Verdacht haben. Also eine Information, die besagt, von bestimmten Personen könnten bestimmte Gefahren ausgehen. Das Problem: Was tut ein Dienst, der solche Informationen nicht hat? Er kann nicht ins Blaue hinein ermitteln. Dass einer Moslem ist und in eine Moschee geht, wo ab und zu radikale Reden geschwungen werden, genügt doch nicht als Ermittlungsgrund.

Der Staat ist machtlos?

Das will ich nicht sagen. Man hat im Ausländerbereich eine Menge geregelt, was man bisher nicht hatte, wie z.B. die Erfassung aller Visumanträge, die abgelehnt worden sind, die Erfassung von Daten aus ausländischen Botschaften. So kann man verhindern, dass Visa mehrfach beantragt werden.

Warum Ihre Kritik?

Es gibt ein Prinzip, das vom Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil unterstrichen wurde: Die Behörden dürfen Daten nicht auf eine Weise sammeln, die die Betroffenen daran hindert, von ihren Freiheitsrechten Gebrauch zu machen. Die Amerikaner nennen das „Freezing of rights“, also Einfrieren von Grundrechten. Das bedeutet: Der Staat darf mit seinen Maßnahmen nicht bewirken, dass Leute einfach keinen Mut mehr haben zum Beispiel zu demonstrieren.

□ Das Gespräch führte Volker Thomas

info

Firewall-Experte

Langweilig sei sein Job noch nie gewesen, meint Björn Dehms. Der 26-Jährige arbeitet als Firewall-Experte. Er berät die Sicherheitsexperten der Bundesbehörden, die mit Hilfe der „Firewall“-Abwehrmauer den Datenverkehr an der Schnittstelle zwischen Intranet und Internet überwachen. Dieser Punkt ist die empfindlichste Stelle eines Computernetzwerks, weil sich hier Hacker gerne Einlass verschaffen. „Erfolgreiche Angriffe kommen aber so gut wie nie vor“, erzählt Dehms, weil die Behörden wissen, dass sie ein beliebtes Ziel sind und sich besonders schützen. „Ständig passiert etwas Unvorhergesehenes“, bringt Dehms den Einfallsreichtum der Hacker auf den Punkt. Ein großer Teil seiner Arbeit sind so genannte White-Box-Tests und Black-Box-Tests. Beim White-Box-Test untersucht er vor Ort, wie die Computer vernetzt sind, welche Systeme eingesetzt werden und wie die Firewall eingestellt ist. So kann er Schwachstellen finden. Der Black-Box-Test ist der Härtefalltest: er simuliert den Angriff eines Hackers. □

SCHAU PLATZ



Wie die Leipziger mit ihren Überwachungskameras leben

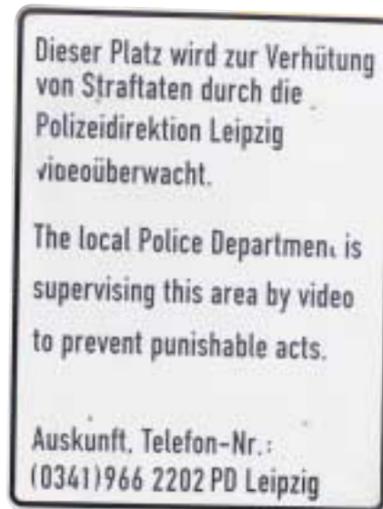
Die „bestüberwachte Stadt Deutschlands“: Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen gehört in Leipzig seit 1996 zum Alltag. Marlis Heinz hat einen Blick hinter die Kulissen geworfen, mit Befürwortern und Gegnern gesprochen.

Die Augen der jungen Beamtin sind auf den Bildschirm gerichtet. Ihre Hand umfasst die Joystick. Sie lässt das Sichtfeld der Kamera, die sie von hier aus bedient, über den Leipziger Bahnhofsvorplatz schweifen. Sie zoomt, bis sie jenen Mann erkennen kann, der über den Parkplatz schlendert und die Pkw umkreist. Sucht er in den Fahrzeugen nach Brauchbarem, Verkaufbarem? Versucht er, die Autotüren aufzubrechen? Nein, er trifft eine Frau und geht mit ihr forschen Schrittes davon. Ein anderer spaziert vor der Unterführung hin und her. Wartet er auf Kunden für kleine Paketchen? Vielleicht? Vielleicht auch nicht? Er verschwindet in Richtung Bahnhof. Allein.

Fast gleichzeitig beobachtet die Beamtin noch einen zweiten Bildschirm, lenkt eine andere Kamera. Entlang den Grünanlagen am Ditt-richring, Meter für Meter einige Querstraßen weiter. Nach links. Nach rechts. Ein paar Autos rollen. Ein paar Passanten hasten. Zwei Radfahrer bremsen und schwatzen. Nichts Auffälliges.

Der große weiße Schalter im Büro der Polizistin bleibt unangestastet – keine Mitschnitte. Und auch die Streifenpolizisten draußen ruft sie nicht, schickt sie nicht, zweifelhafte Personen aus der Nähe zu betrachten. Heute nicht.

1996 drehte sich in Leipzig die erste Überwachungskamera der Polizei. Anlass, zu dieser Technik zu greifen, sei die Konzentration des Drogenhandels einschließlich der Beschaffungskriminalität am Innenstadtring gewesen, sagen die Befürworter. Zuerst war das Gerät nur während einer Testphase installiert. Danach wurde das sächsische Polizeigesetz novelliert und darin definiert, was ein „verrufener Ort“ ist. Verrufen heißt, dass Straftaten dort in verstärktem Maße vorbereitet und ausgeführt werden. Und an solchen Orten ist die Installation von Kameras seitdem erlaubt.



Nach der neuen Gesetzgebung wurde die Kamera zur festen Einrichtung. Eine weitere folgte 1999 in Connewitz, dem links-alternativen Szeneviertel Leipzigs. Während der Silvesterfeiern 1998/99 und noch einmal im Herbst war es dort zu Gewaltexplosionen aus der Menge heraus gekommen. Scheiben klirrten. Sachschaden. Landfriedensbruch.

Zur Zeit gibt es drei von der Polizei genutzte Kameras. Alle anderen – in Tiefgaragen, Straßenbahnen, Banken, Tankstellen, Kaufhäusern, Passagen und wo auch immer – gehören den Unternehmen, auf deren Betriebsgelände sich der Beobachtete bewegt. Diese Betreiber der

Kameras dürfen durchgängig mitschneiden, die Videos archivieren und auswerten. Die Polizei kann auf das Material im Zuge von Ermittlungen zurückgreifen und es sogar beschlagnahmen. Durch die Menge der „Spione“ an allen Fassaden ist es allerdings schwer einzuschätzen, ob Leipzig nun wirklich, wie es damals durch die Medien ging, die am besten überwachte Stadt in Deutschland ist. Fest steht nur: Leipzig war Vorreiter, viele andere Großstädte zogen nach.

Es ist geregelt, was die Polizei darf und was nicht

Es ist ziemlich klar geregelt, was die Polizei darf und was nicht: Der Beamte im Revier beobachtet, schneidet im Falle eines Verdacht mit und dirigiert notfalls den Zugriff der Streifenpolizisten draußen. Ein Mitschnitt wird in jedem Falle registriert. Zerschlägt sich der Verdacht, muss die Aufzeichnung gelöscht und diese Löschung ebenfalls in den Akten vermerkt werden. „Manche Leute glauben, wir schneiden rund um die Uhr mit“, sagt

Polizeihauptkommissar Bernd Turowski, Einsatzsachbearbeiter des Reviers. „Sie kommen dann und verlangen unsere Videos, um beispielsweise ihre Unschuld an einem Verkehrsunfall oder ihre Unwesenheit an einem von uns beobachteten Ort zu beweisen – da können wir nicht helfen.“

Besonders geheim ist der Überwachungsmechanismus übrigens nicht. Wer sich auf dem Fußweg von dem Revier etwas auf die Zehenspitzen stellt, kann durch die großen Fenster die Beobachter beim Beobachten beobachten. Und wer noch mehr wissen will, müsste sich zu einem Besuch anmelden oder am Tag der Offenen Tür hereinspazieren.



Juliane Nagel, 23 Jahre, gehört zu den entschlossensten Gegnerinnen des „Überwachungswahns“. Ihr Schreibtisch steht im Büro LinXXnet. Die Kamera von Connewitz, nur ein paar Schritte vom Büro entfernt, ist längst demontiert. Doch auf den Fassaden leuchtet

noch immer die Warnung: „Big Brother is watching you!“. Und die Web-Site der „Kampagne zur Rückgewinnung öffentlicher Räume“ (www.nadir.org/camera) wird ständig aktualisiert.

„Wir sind nicht damit zufrieden, dass die Anlage vor unserer Tür wieder verschwunden ist“, sagt sie. „Es geht nicht um einen einzelnen Beobachtungspunkt. Es geht ums Prinzip. Wohin soll das – immer weiter perfektioniert – mal führen? Zur absolut flächendeckenden Überwachung? Bis hin zur Bespitzelung am Arbeitsplatz? Und wer zieht die angeblich scharfen Grenzen zwischen öffentlich und privat? Wer verhindert hundertprozentig jeglichen Missbrauch? Das ist doch Horror.“

Dass die Mehrzahl der Leipziger und auch die Mehrzahl der jungen Leute in der Stadt die Kameras gut findet oder schulterzuckend hinnimmt, entmutigt Juliane Nagel und ihre Mitstreiterinnen nicht.



Vier junge Gemeindemitglieder und Pfarrer Christian Führer sitzen über Papiere gebeugt. Eine Unterschriftenaktion gegen nationalistische Gewalt, gegen legale braune Aufmärsche wird vorbereitet. Es geht um Angst, Gewalt, Sicherheit.

Wäre eine Kamera, die das Geschehene auf der Straße dokumentiert, nicht eine begrüßenswerte Sache? Die Jungen überlegen. Christian Führer, ein Mann der DDR-Bürgerrechtsbewegung, überbrückt die Pause: „Politische Demos – gleich welcher Richtung – von vornherein zu filmen, halte ich für problematisch. Ich kenne sie noch, die Stasi-Kameras, die hier auf unserem Kirchhof alle ‚Zusammenrottungen‘ registrierten. Wir fühlten uns wie unter dem erhobenen Zeigefinger dessen, der immer Recht hat. Mehr noch – wir fühlten uns bedroht, so, als seien schwenkbare Maschinengewehre schussbereit auf uns gerichtet. Und diese Erinnerung lässt sich nicht so einfach verdrängen, selbst wenn man weiß, dass heutzutage andere Regeln gelten.“

„Wenn man vielleicht nur die Masse abbildet, um die Ereignisse festzuhalten, aber nicht Einzelleute herausfiltert?“ versucht Christoph Rostig (17) Grenzziehungen.

„Wie sicher kann man eigentlich sein, dass nur die Polizei eventuelle Mitschnitte benutzt und nicht gleich noch die Geheimdienste?“ fragt sich Christoph weiter. Und Singun Kim (15) beschäftigt der technisch mögliche Big-Brother-Blick in die Privatsphäre. „Die Polizei muss ja eigentlich der Hüter des Gesetzes sein“, überlegt David Lochner (16). „Wenn man ihr den Missbrauch der Videos unterstellt – wem sollte man dann noch vertrauen?“

info

Überwachungskameras auf Leipziger Dächern – das erinnert an die Jahre 1988/89. Dass nämlich die „Zusammenrottungen“ auf dem Nikolaikirchhof und später auch die so genannten Montagsdemonstrationen von der DDR-Staatsicherheit (Stasi) gefilmt wurden, ist bewiesen. Jeden Montag wurde gegen Mittag die teure Technik namens „Zentrales operatives Fernsehen des Ministeriums des Inneren“ (ZOF) installiert und in der Nacht wieder demontiert. Aufnahmen von den Kamerapositionen wurden in einem Ü-Wagen von einem „Regisseur“ gesichtet und als „Sendung“ in die Befehlszentralen von Leipzig und ab dem 9. Oktober 1989 auch von Berlin übertragen. Dort fielen unter anderem Entscheidungen über Polizeieinsatz und sofortige Verhaftungen. Entdeckten die Mitarbeiter in der Menschenmenge jemanden von denen, die Ausreisearträge gestellt hatten, wurde der besonders scharf ins Auge gefasst oder – gegen Ende der DDR – seinem Antrag in der Regel schleunigst stattgegeben.

Mehr Infos unter www.runde-ecke-leipzig.de



ÄLTESTEN RAT

Peter Frisch: „Die meisten Moslems – und darauf kann man nicht genug hinweisen – lehnen Gewalt ab“

Der 66-Jährige Jurist war von 1996 bis 2000 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BVS) in Köln.



Arabische Terroristen halten deutsche Sicherheitsbehörden – so hört und liest man – für naive Weichlinge, weshalb man hierzulande angeblich relativ unbehelligt Anschläge vorbereiten kann. Tut Ihnen eine solche Einschätzung weh?

Nein – weil ich sie nicht teile. Erst recht nicht nach den neuen Sicherheitsmaßnahmen und der allgemeinen Aufmerksamkeit für das Thema seit dem 11. September 2001. Weh getan hat mir allerdings, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz seit Mitte der 90er Jahre intensiv auf die Gefahren durch den Islamismus hingewiesen hat – aber man hat das nicht so ernst genommen.

Warum nicht?

Das hatte verschiedene Gründe. Die einen argwöhnten, uns sei nach dem Zusammenbruch des Ostblocks der Gegner abhanden gekommen und wir würden nur schwarz malen. Andere befürchteten – nicht ganz unbegründet – eine Zunahme der ausländerfeindlichen Gewalttaten, die sich ja auch gegen Türken und andere Moslems richteten – wie in Mölln und Solingen.

Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig?

Wichtig sind mehr Informationen über den Islam und den Islamismus. Das beginnt schon bei den Begriffen. So werden Fundamentalismus und Islamismus oft gleichgesetzt. Das ist falsch. Die Fundamentalisten wollen den Islam zum Koran und zur Scharia der islamischen Rechtsprechung, zurückführen. Die Islamisten möchten die Weltherrschaft des Islam errichten – die einen auf politischem Weg, die anderen mit Gewalt. Die einen bereiten allerdings den anderen Islamisten den Weg, die ihr Ziel durch die Beseitigung von Personen und durch die Verbreitung von Furcht und Schrecken erreichen wollen. Die meisten Moslems – und darauf kann man nicht genug hinweisen – lehnen das ab.

Kann der „Dialog zwischen den Kulturen“ das Verständnis füreinander verbessern?

Wenn er zustande kommt – natürlich. Ich vermisse aber bei manchen Veranstaltungen mit türkischen Bürgern die Dialogbereitschaft. Da wird beispielsweise gefordert, dass deutsche Kinder und Jugendliche auch einmal einen Gottesdienst in der Moschee besuchen. Wenn ich dann aber sage: „Einverstanden. Aber schickt dann Eure Kinder bitte auch einmal in die Kirche“, herrscht plötzlich Schweigen. □

Das Gespräch führte Sandra Daßler

Ralf Dahrendorf: „Ich glaube, wir sind eher zu großzügig gewesen“

Der 72-jährige Professor der Soziologie und ehemalige FDP-Politiker gehört seit seiner Ernennung zum Lord 1993 dem britischen Oberhaus an.



Lord Ralf Dahrendorf beschreibt seine Eindrücke von der Bedrohung nach den Terroranschlägen und wehrt sich entschieden gegen die These, dass die westliche Welt die Anschläge provoziert hat.

„Ich persönlich fühle mich nicht mehr oder weniger bedroht als vor den Anschlägen. Aber dass die Welt nicht ganz dieselbe ist, glaube ich schon. Man kann sich darüber streiten, wie stark die Veränderung ist. Mein Freund und Nachfolger an der London School of Economists, Anthony Giddens, vergleicht es manchmal mit der Erfahrung, die wir haben, wenn wir stundenlang ein bisschen zu schnell Auto gefahren sind und plötzlich ist auf der anderen Fahrbahn ein schwerer Unfall zu sehen. Und wir fahren die nächste Stunde etwas langsamer, etwas vorsichtiger und etwas nachdenklicher. Aber dann setzt doch wieder Normalität ein. Ich bin nicht seiner Meinung, dass das in dem Maße wieder verschwinden wird aus unserem Bewusstsein. Ich glaube, es bleibt das Element einer diffusen Bedrohung, bei der man den Feind eigentlich nicht sehen kann und auch nicht so klar identifizieren kann, wie in historischen Auseinandersetzungen.“

Ich glaube, wir sind eher zu großzügig gewesen im Nachgeben gegenüber voraufklärerischen Haltungen! Und was mich betrifft, so werde ich jetzt noch entschiedener diejenigen attackieren, die in einer Weise reden, die einfach völlig unvereinbar ist mit den Grundwerten einer offenen Gesellschaft. Wenn ein Moslem sagt, unser Gott hat alles vorentschieden, und wenn das unsere Gesellschaft nicht sehen will, dann habe er nichts mit dieser Gesellschaft im Sinn, dann sage ich zu ihm: Warum bist Du dann hier? Dann gehe gefälligst dahin, wo Deine Werte vorherrschen. □



Das Bundeskriminalamt erhält in diesem Jahr zusätzlich 43 Millionen Euro für 244 neue Planstellen unter anderem im Personenschutz

RASTER

Streitthema Rasterfahndung: „Es gibt einen Zwiespalt zwischen Verstand und Gefühl“, sagt einer der drei Bonner ausländischen Studenten, deren Stimmen stellvertretend für viele stehen. „Sie soll ja auch nicht gegen Ladendiebe eingesetzt werden“, entgegnet der Polizist.

Haluk: „Die Art und Weise ist für Muslime verunsichernd“

„ Ich bin nicht total gegen die Rasterfahndung, aber auch nicht hundertprozentig dafür. Ich denke, es ist viel wichtiger, bei der Polizei und anderen Behörden Beamte einzusetzen, die intensive Kontakte zu Muslimen haben und erkennen, wenn irgendwo extremistische oder terroristische Gruppierungen entstehen. Dafür müssen sie die arabisch-muslimische Kultur sehr gut kennen.

Marwan (24), ist Palästinenser und Christ. In seiner Heimat besuchte er eine deutsche Schule, jetzt studiert er Lebensmitteltechnologie in Bonn

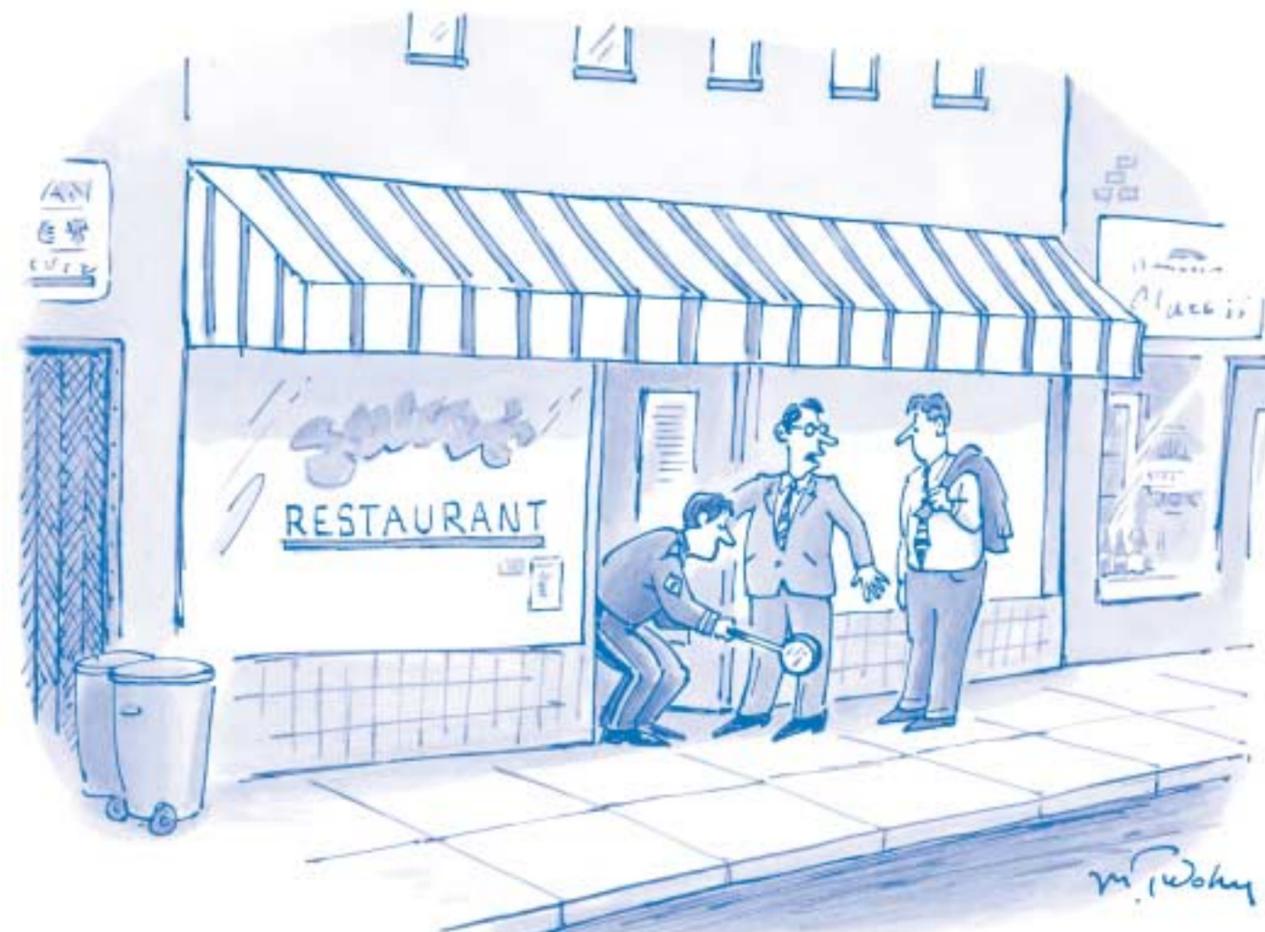
Es gibt einen Zwiespalt zwischen Verstand und Gefühl: Ich weiß, dass ich nichts zu verbergen habe. Dadurch, dass ich eventuell überprüft werde, empfinde ich das als Kriminalisierung. Ich verstehe, dass der Staat versucht, seine Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Die

Art und Weise ist für Muslime allerdings verunsichernd. Viele muslimische Studenten fühlen sich in die Ecke gedrängt und zogen sich nach dem 11. September teilweise aus Aktivitäten wie denen der islamischen Hochschulvereinigung zurück. Ich denke, das gilt auch für mögliche Fanatiker oder „Schläfer“. Deshalb bezweifle ich, dass man ihnen mit der Rasterfahndung auf die Spur kommt.

Haluk (35), ist Vorsitzender der islamischen Hochschulvereinigung an der Universität Bonn

Wenn ich auf der Straße unterwegs bin, in die Moschee gehe oder zu Hause bin, kommt mir manchmal der Gedanke: Werde ich als Muslim abgehört? Hört ein Dritter mir die ganze Zeit über mein Handy zu?

Kareem (22), studiert Jura in Bonn und lebt seit 17 Jahren in Deutschland



Das Essen ist so la-la, aber von der Sicherheit her – fantastisch!



Wir werden Ihrer Katze die Krallen ziehen müssen!

FAHNDUNG

Konrad Freiberg: „Was passiert, wenn jemand eine Autobahnbrücke auf der A3 in die Luft sprengt?“

„ Die Rasterfahndung ist unerlässlich für die Polizeiarbeit – und das übrigens schon sehr lange Zeit. Wer an einem Tatort zum Beispiel Reifenspuren von einem VW Golf findet, und dann alle Golf-Fahrer in der Umgebung befragt, macht ja auch eine Rasterfahndung. Die elektronische Rasterfahndung, über die wir heute sprechen, unterscheidet sich nur dadurch, dass sie die Daten schneller verarbeiten kann. Natürlich muss die Polizei darauf achten, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Aber die Rasterfahndung soll ja auch nicht gegen Ladendiebe eingesetzt werden, sondern gegen Terroristen und organisierte Kriminelle. Oft hat die Polizei auch keine anderen Mittel – es ist zum Beispiel unheimlich schwierig, einen verdeck-

ten Ermittler in eine ethnisch geschlossene Gruppe – wie es die Islamisten sind – einzuschleusen. Wenn dann eine Katastrophe passiert, steht die Polizei in der Kritik, weil sie die Informationen nicht vorher hatte. Die Rasterfahndung dient dazu, möglichen Terroranschlägen vorzubeugen. Stellen Sie sich vor, was passiert, wenn jemand eine Autobahnbrücke auf der A3 von Köln nach Frankfurt in die Luft sprengt? Solche Szenarien sind seit dem 11. September keine abstrusen Phantasien mehr. Die Terroristen haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, solche Anschläge zu verüben.

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



Lesermeinung – diesmal nicht als E-Mails oder Leserbriefe. Das Frankfurter Psydata-Institut befragte Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren. Stimmen¹ zu Fluter Nr. 1

Auf den ersten Blick würde ich es nicht für eine politische Zeitung halten. Würde etwas für politisch halten, wenn da Politiker sind. Das würde ich für ein Stadtmagazin halten.

Marlis, 17, Azubi (Hotelfachfrau)

Ziel ist, dass sich die Jugendlichen mehr für die Politik interessieren. Die Zeitung ist neutral.

Ines, 17, Schülerin

Die Zeitschrift würde ins Wartezimmer passen, weil mich dieses ganze Promigedöle der Zeitungen wie „Gala“ nicht interessiert. Hier könnte man sich weiterbilden, ich bin mir sicher, dass es da Informationen gibt, die ich noch nicht kenne. Das Thema Terrorismus ist ja schon interessant und es gibt ja auch immer wieder was Neues drüber ... aber kaufen würde ich mir nicht ...

Saskia, 19, Schülerin

Die versuchen verzweifelt, die Jugend für Politik zu interessieren. Die müssen versuchen, die Jugend politisch zu interessieren, schon deshalb, damit die Wahlbeteiligung nicht noch mehr fällt. Hinter der Bundeszentrale stecken ältliche, weise Beamte, die die Jugendlichen sachte auf den „richtigen“ Weg führen wollen – zur Demokratie hin.

Peter, 21, zur Zeit arbeitslos

Die Zeitschrift passt gut für Leute meines Alters. Das Design ist nicht altmodisch und nicht zu verspielt. Das seriöse Thema ist aufgelockert aber auch nicht zu sehr aufgelockert.

Britt, 18, Schülerin

Die wird ausgegeben von der BpB, damit die Jugend auch weiß, was gerade so passiert, damit die eben jetzt

nicht nur die RTL- und Pro7-Informationen kriegen, sondern auch richtige Hintergründe und so. Damit sie sich auch damit auseinandersetzen. Es gibt ja ziemlich viele Moslems in Deutschland, eigentlich an jeder Schule. Und dass da nicht Situationen entstehen, dass die ausgegrenzt werden jetzt nach dem Anschlag, deshalb glaube ich, hat man das gemacht.

Gerald, 17, Schüler

Die Zeitschrift ist informativ. Ich glaube, mein Informationsbedarf würde gedeckt. Es ist viel auf einmal, aber wenn man sich heineingelesen hat, ist es wie ein Buch. Es ist für Jugendliche, weil viele Bilder enthalten sind und die Texte leicht lesbar sind.

Carmen, 20, Studentin (VWL)

„Ich kenne keine ähnlichen Zeitschriften. Hier sind ziemlich viele große Bilder und eher wenig Text. Es wirkt nicht so geballt. Im „Spiegel“ sind nicht so große Bilder. Hier hat man auch mal eine Seite, auf der nur Bilder sind. ... Es dreht sich mehr oder weniger alles um ein Thema. Es werden verschiedene Aspekte beleuchtet, man bekommt auch Hintergrundinformationen, z.B. über den Islam. Es wird nicht die vorherrschende Meinung dargestellt, sondern man zeigt auch, dass Moslime gegen Hass demonstrieren, das finde ich gut.“

Sabine, 18, Studentin (Medientechnik)

Typisches Medienschockbild am Anfang, aber trotzdem, es ist für politik-interessierte Leute. Auch wenn hier nicht Bundeszentrale für politische Bildung stehen würde, wäre es sofort klar, dass es hier um Politik geht. Das

sind Profis, die das machen. Die Überschriften sprechen an, es ist keine Unterhaltungszeitung ... man erkennt auch, dass es keine so normale kommerzielle Zeitung ist.

Leo, 19, zur Zeit arbeitslos

Mich nervt das. Man ist sowieso immerzu mit dem Thema beflastet worden: seit September die ganze Zeit. Es ist schon ziemlich viel. Über 50 Seiten zum Terrorismus-Thema. Zusätzlich zu Fernsehen, Zeitungen, auch in der Schule haben wir darüber geredet. ... Ich bin jetzt nicht so begeistert davon. Es kann schon für Leute, die nicht so viel wissen, wenn sie sich dafür interessieren, vielleicht hilfreich sein. Für die Schule, wenn man da mal was machen muss.

Bernd, 17, Schüler

Die Zeitschrift ist für Jugendliche gemacht, 14 – 20 Jahre. Auch für Erwachsene, aber eher für Jugendliche. Es sind viele Jugendliche (S. 15-19) abgebildet. Die Zeitschrift passt zu jungen Leuten, weil das Thema alle interessiert und viele wissen nichts über die Hintergründe, zum Beispiel Taliban.

Tom, 18, Schüler

Übersichtlich, große Bilder, kurze Artikel, große Überschriften, auch mal eine Doppelseite nur Bild, Inhaltsverzeichnis ist groß. So Infosachen sind auch ganz nett. Wirklich neomodisch ist sie nicht, soll sie wahrscheinlich auch nicht sein. Es wurde nicht versucht, was reinzumischen, was sie glauben, was für junge Leute interessant ist. Das ist besser. Wahrscheinlich haben sie gemerkt, dass es nicht gut ankommt, wenn das doof vermischt ist und beides nicht richtig überkommt.

Anne, 20, Azubi (Köchin)

Also ich denke schon, man muss zwar nicht hoch intelligent sein, aber doch mehr als Hauptschule.

Boris, 16, Schüler

Die Gestaltung ist ganz okay. Ich würde es auf jeden Fall lesen. Es ging sicherlich noch irgendwo besser, ich finde das Hellblau nicht so schön. Es beißt sich ein bisschen mit dem Gelb. Ansonsten übersichtlich scheint es mir schon. Ich mag das nicht, wenn die Überschriften so groß und so herausstechend sind. Wenn die Überschriften so groß sind, da habe ich immer das Gefühl, dass der Text nicht wichtig ist.

Wibke, 16, Schülerin

Das finde ich ganz gut gemacht, dass das so gegliedert ist mit Reportage, Menschen, Hintergrund, Argumente, auch die verschiedenen Farben. Findet man gut, wo was ist.

Doreen, 17, Schülerin

Wenn ich es richtig verstanden habe, sind das Berichte aus verschiedenen Städten, wie Muslime hier in Deutschland leben, wie sieht ihr Alltag seit dem 11.9. aus. Das ist schon sehr interessant, weil es eine andere Sicht ist. ... auch die Frage, ob es Unterschiede dann gibt in den Gemeinden. Es sind ja nicht alle Moslems gleich.

Rico, 17, Schüler

Das mit der RAF, das war ein bisschen interessant, weil man über die Geschichte nicht soviel hört. Das ist noch zu jung, um in Geschichtsbüchern zu stehen. Und das wird von den Medien nicht so oft vorgeholt. Ich glaube, ich würde da sogar das Interview lesen. Gerade mit den ehemaligen Mitgliedern. Das würde mich schon interessieren, was die dazu sagen.

Ralf, 20, Bundeswehrsoldat

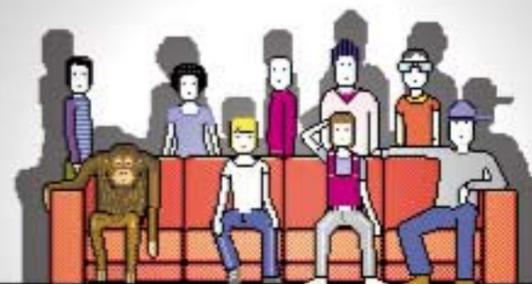
Ich habe von der Zeitung noch nie etwas gehört, man sollte Werbung machen. Die Internetadresse ist nicht schwer zu merken, aber wo ich die Zeitung bekomme, weiß ich immer noch nicht, außer dass ich sie bestellen kann. Vielleicht Fernsehwerbung? Dort gucken die meisten Leute.

Sigrid, 18, Schülerin

Ist nicht krampfhaft auf Jugendliche gemacht, aber es spricht Jugendliche an.

Yasemin, 19, Schülerin

¹ Vornamen verändert



www.fluter.de

Noch mehr fluter gibt es online:

fluter.de – das neue Jugendmagazin im Netz. Wöchentlich Kino-News, monatlich aktuelle Ereignisse aus Politik, Gesellschaft und Literatur – in Texten, Bildern und Videos.

Wir wollen wissen was unsere User denken, deshalb neu auf fluter.de: Foren und Polls.

Ab Mai noch mehr Interaktivität mit Terminplaner, Newslettern und Chat-Events.

Unter www.fluter.de/mitreden/ gibt es ein Forum zum Thema „Sicher Leben“, in dem Leser mit anderen Lesern und der Redaktion diskutieren können.

Die Online-Ausgabe steht ab 1. April im Netz, die Mai-Ausgabe von fluter-online widmet sich dem Thema „Gentechnik“.

Die Online-Redaktion

Online-Bestelladresse: www.fluter.de/abo.htm

Absender:

Kundennummer (falls vorhanden)

Vorname / Name

Straße / Hausnummer

PLZ

Ort

E-Mail

Bitte freimachen

Universum Verlagsanstalt
fluter-Leserservice
Postfach 300
65175 Wiesbaden

Wählen gehen ...

„Ich kann doch nichts verändern“ – „Die Politiker machen doch, was sie wollen“ – „Jugendliche haben keine Lobby“ – typische Aussagen von jungen Leuten, die am 22. September zum ersten Mal die Möglichkeit haben, bei einer Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben? Haben sie Recht? Macht es Sinn, die Politik links liegen zu lassen? Ist es sinnlos, wählen zu gehen? Wie ist Ihre Meinung?

Die nächste Ausgabe von **fluter** widmet sich dem **Thema Wahlen**. Erscheinungstermin ist der 1. Juni 2002. Sagen Sie uns, was Sie zum Thema Wahlen/Politik zu sagen zu haben.

Redaktion fluter
media.team.gaarz, Friedrich-Ebert-Straße, 51429 Bergisch Gladbach
info@media-team-gaarz.de